

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHERN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEER, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse ersch. im wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3873.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 6. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Andlersstr. 27. I. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Redaktionsschluß: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Lohnbewegungen.

Bramsche. Der Streik bei der Firma Gebr. Rasch, Tapetenfabrik, wurde durch Vermittlung des Bürgermeisters beigelegt. Die Arbeitszeit für Drucker wurde um 1 1/2 Stunden wöchentlich verkürzt. Das Prämiensystem hat eine Aenderung insoweit erfahren, daß der Ueberschuß für Ueberrollen unter allen Arbeitern gleichmäßig verteilt wird. Die von der Firma festgesetzten rigorosen Strafen sind den Forderungen der Arbeiter entsprechend geändert. Eine Reihe Kollegen erhielten Lohnzulagen. — Die Formstecherei in der Fabrik wurde aufgehoben; sämtliche Formstecher werden aber in der von der Firma eingerichteten Privatstecherei in Osnabrück weiter beschäftigt.

Borsdorf bei Leipzig. Der Streik der Wachstuchdrucker in der Firma Alex. Schumann wurde dadurch beendet, daß Zuschläge zu dem bisherigen Akkordtarif bewilligt wurden. Die Aufbesserungen übersteigen in verschiedenen Punkten die von den Arbeitern ursprünglich gestellten Forderungen. Die Streikenden wurden sämtlich wieder eingestellt.

Reichenbach i. V. Mit der Firma Schmidt & Artinger wurde ein Tarif abgeschlossen, durch den die Arbeitszeit für Lithographen von 8 1/2 auf 8 Stunden verkürzt wurde. Die Arbeitszeit für Steindrucker beträgt 9 Stunden. Bei Arbeitsmangel wird zur Vermeidung von Entlassungen die Arbeitszeit für alle Gehilfen gleichmäßig verkürzt. Für Nacht und Sonntagsarbeit soll der Zusatz 50% betragen. Der Mindestlohn für Ausgelernte wurde auf 19 Mk. festgesetzt. Ferner wurde die übliche Lehrlingskala, der § 616 des B. G. B. und der Arbeitsnachweis anerkannt.

Stollberg (Rhd.) In der Firma Prym wurde an Stelle des Stundenlohnes ohne Feiertagszahlung der Wochenlohn mit Bezahlung der Feiertage und 20% Ueberstundenzuschlag vereinbart. Außerdem erhielten alle 12 in Betracht kommenden Kollegen 1 Mk. Zulage wöchentlich.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

In Deutschland:

Altona-Ottensen. Tapeten-Fabrik Hansa, Iven & Co.

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.

Berlin. (Chemigr.). Angerer (Kupferdrucker).

Beuel a. Rh. Engelhard & Schleu, Kommandit-Gesellschaft, Abt. der „Tiag“ (Tapetendr.).

Chemnitz. A. Jülich; Köhler & Richter (Chemigr.).

Dresden. Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co.; Mejo & Markert (Chem.).

Erfurt. Ohlenroth'sche Buchdruckerei, Inh. Georg Richters (Chemigr.).

Frankfurt a. M. Heß & Janke.

Hamburg. Nelles & Co. (Chemigr.).

Hamburg. Die Firma H. Carly hat Lohnreduktionen bis 6 Mk. wöchentlich angedroht. Vor Stellungnahme Erkundigung einziehen.

Kattowitz. Jermulowic & Bergmann in Sosnowice, Russ.-Polen.

Köln a. Rh. Blechemballagefabrik Pepsy & Waldhausen (Lith. u. Steindr.); Flammersheim & Steinmann (Formst. u. Tapetendr.).

Kötzschenbroda bei Dresden.

Robert Mittelbach, Kunstanstalt Globus.

Langennagen b. Hannover. Norddeutsche Tapetenfabrik, Inh. Hölscher & Breimer (Tapetendr.).

Leipzig. Mejo & Springer; C. W. W. stock (Chemigr.).

Stuttgart. Gebr. Rößle (Chemigr.).

Im Ausland:

Belgien. Bruges: La Lithographie Artistique, Deseclee De Brouver Cie. Brüssel: Rissel & Co. (Formst.).

Dänemark. Kopenhagen (Kupferdr.). Bibow: A. Jakobsen - Kopenhagen (Chem.).

Frankreich. Lille und alle nördlichen Bezirke.

Holland. Krommenie: Verwers Metaal-drukkery (Lithogr. und Steindr.).

Oesterreich. Mähren, Schlesien, Lemberg.

Prag-Lieben. M. Grab Söhne, Wachs-tuch- und Linoleumdruckerei.

Schweiz. Basel: Manissadjan & Cie.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die gewerkschaftliche Tätigkeit unserer Organisation. Rundschau. Wirtschaftliche Monatsschau. Jugendgeschichte einer Arbeiterin. — **Allgemeines:** Das graphische Gewerbe in Amerika. Die Gelben-Anpflanzung. Brief aus Zittau. In der Privatklegsache. Ortsberichte: Hanau. — **Der Lithograph:** Ueble Gewohnheiten. — **Der Steindrucker:** Aus den Sektionen: Karlsruhe i. B. — **Die Tapetenbranche:** Der Streik in Bramsche beendet. Brief aus Lüneburg. Aus den Sektionen: Eilenburg, Leipzig, Leipzig-Zweentürth, Magdeburg. — **Feuilleton:** Reisebriefe aus Amerika. Eingänge. — **Anzeigen.**

Die gewerkschaftliche Tätigkeit unserer Organisation.

Nachdem in No. 47 die Mitgliederbewegung und in No. 49 die Kassenverhältnisse unseres Verbandes auf Grund der Jahresberichte des Hauptvorstandes besprochen worden sind, soll zuletzt noch ein Blick auf die gewerkschaftliche Tätigkeit unserer Organisation in den Jahren 1907 und 1908 geworfen werden, und zwar auf den Hauptzweig dieser Betätigung, die Arbeit für die Hebung der Berufsverhältnisse.

Auch auf diesem Gebiete sind natürlich die Wirkungen der Krise nicht ausgeblieben. Die Zahl der geführten Lohnbewegungen ging im Jahre 1908 gegen das Jahr 1907 beträchtlich zurück. Beide Jahre halten ferner keinen Vergleich mit dem Jahre 1906 aus, das ja für unseren Verband ein Kampfjahr erster Ordnung war. Im Jahre 1907 fanden in 55 Orten 85 Lohnbewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung statt, die sich auf 183 Betriebe erstreckten und an denen 1879 Beschäftigte beteiligt waren. Im Jahre 1908 wurden in 52 Orten 56 Lohnbewegungen geführt, die sich auf 108 Betriebe mit 2101 Beschäftigten ausdehnten. Die Zahl der Orte sank also um 3,

die Zahl der Bewegungen sogar um 29, also um mehr als ein Drittel, und die Zahl der betroffenen Betriebe um 15, während die Zahl der an den Bewegungen beteiligten Kollegen im Gegensatz hierzu eine Steigerung um 222 oder um annähernd 12 Prozent erfahren hat. Die Bewegungen im Jahre 1908 wurden also durchschnittlich gegen größere Betriebe geführt wie im Jahre 1907.

Die überwiegende Mehrzahl der Bewegungen nahm in beiden Jahren einen kampflosen Ausgang, und zwar 1907 in 76 Fällen mit 1743 Beteiligten, 1908 in 49 Fällen mit 1942 Beteiligten. In den übrigen Fällen kam es zur Arbeitsniederlegung.

Im allgemeinen hatten die Bewegungen trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur, in der sie geführt wurden, ein günstiges Ergebnis. 1907 wurde für 1089 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von 2917 Stunden wöchentlich erreicht, so daß auf jeden an dieser Errungenschaft Beteiligten durchschnittlich 2,68 Stunden in der Woche entfallen. 908 war der Erfolg auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung noch ausgedehnter; für 1292 Kollegen wurde die Arbeitszeit insgesamt um 2339 Stunden wöchentlich verkürzt, so daß durchschnittlich auf jeden 1,81 Stunden in der Woche kommen. Man sieht, daß die Bewegung von 1906 den Boden für die Verkürzung der Arbeitszeit auch in den dem Schutzverbände nicht angehörenden Firmen in erfreulicher Weise geebnet hat.

In bezug auf die erzielten Lohnerhöhungen blieben die Erfolge im Jahre 1908 hinter denen des Jahres 1907 allerdings wesentlich zurück. Während 1907 noch für 565 Kollegen insgesamt 975 Mark wöchentlich an Lohnzulagen erreicht werden konnten, waren es 1908 nur für 206 Kollegen 342 Mark. Auf jeden Be-

teiligten kamen also 1907: 1,72 Mk., 1908: 1,66 Mk. durchschnittlich. In diesen Ziffern sind natürlich nur die Lohnerhöhungen, die durch gemeinschaftliches Vorgehen der Kollegen erreicht wurden, enthalten, nicht aber die an einzelne Kollegen gewährten Zulagen. Im allgemeinen ergibt sich, daß in bezug auf die Lohnerhöhungen das Jahr 1907, in bezug auf die Arbeitszeitverkürzungen aber das Jahr 1908 erfolgreicher war, wenigstens soweit die Zahl der daran beteiligten Kollegen in Frage kommt.

Durch die Krise wurde also die gewerkschaftliche Tätigkeit unserer Organisation zwar beeinträchtigt und eingeschränkt, aber noch lange nicht lahmgelegt. Der Verband ist rege für die Hebung der beruflichen Verhältnisse eingetreten und er konnte trotz der wirtschaftlichen Depression auch ganz beachtenswerte Erfolge erringen. Das wird sogar von Unternehmerseite unumwunden anerkannt. Uns ging ein Exemplar der »vertraulichen« und »nur für den persönlichen Gebrauch« bestimmten Mitteilungen des Vereins der Buchdruckerei- und Steindruckerei-Besitzer in Hannover vom 30. September 1909 zu, worin die Ergebnisse unserer Statistik vom Jahre 1908, die wir in No. 36 der »Graph. Pr.« denen der statistischen Aufnahme vom Jahre 1908 gegenübergestellt hatten, auszugsweise wiedergegeben wurden. Der genannte Verein vertritt, wie aus seinen Mitteilungen hervorgeht, die Notwendigkeit von Tarifabschlüssen, und er benutzt die statistischen Ergebnisse, um seinen tarifgegnerischen Kollegen nach der Hervorhebung der beträchtlichen Fortschritte, die die Gehilfenschaft in dem Jahr fünf ohne Tarif erzielt hat, in folgender eindringlicher Weise ins Gewissen zu reden:

»Für die Inhaber graphischer Betriebe, die ihrem Unternehmen eine Steindruckabteilung angegliedert haben, enthalten die vorstehenden Zahlen nichts

Neues. Es wird hier auch von Arbeitnehmerseite bestätigt, daß Gewerbe, die sich Tarifverträgen gegenüber ablehnend verhalten, mindestens mit gleichen Erhöhungen der Arbeitslöhne zu rechnen haben und daß auch sie die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit nicht haben verhindern können. Was die Erhebungen besonders wertvoll macht, ist die Tatsache, daß Lohnerhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit in einer Zeit vollständigen Darniederliegens des Steindruckgewerbes eingetreten sind. Ein weiterer zahlenmäßiger Beweis dafür, daß die Behauptung der Tarifgegner, in Zeiten rückläufiger Konjunktur seien billigere Arbeitskräfte zu erhalten, eine Hypothese ist, die auf vollständiger Verkenning der einschlägigen gewerkschaftlichen Verhältnisse beruht.

Diese Argumente tariffreundlicher Unternehmer gegen ihre tariffeindlichen Kollegen werden durch die vorhin angeführten Ergebnisse der gewerkschaftlichen Tätigkeit unserer Organisation in den beiden Krisenjahren 1907 und 1908 in jeder Beziehung unterstützt. Möchten sich die Herren um Dr. Gerschel die aus den »Mitteilungen« zitierten Sätze einige Male aufmerksam durchlesen. Vielleicht kommen sie doch noch einmal zu der Erkenntnis, daß sie mit ihrer Tariffresserei sich selbst am meisten geschadet haben. Die Gehilfschaft weiß eben ihre Interessen in tariflosen Zeiten ebenso zu wahren wie in den Zeiten der Tarifgemeinschaft.

Das sie besonders auch Herrn Jährig in Leipzig gesagt, der in seiner »Postkarte« über die verpaten Tarifverhandlungen der Lichtdrucker schreiben läßt, sie seien vorläufig gescheitert, weil die Gehilfen Zugeständnisse haben wollten, während die Prinzipale auf dem Standpunkt gestanden hätten, daß in der gegenwärtigen Zeit pekuniäre Zugeständnisse nicht gewährt werden könnten. Herr Jährig mag sich die aus den »Mitteilungen« zitierten Sätze in's Stammbuch schreiben lassen. Wenn sich die Gehilfschaft auf mehrere Jahre wieder tariflich festlegen soll, dann hat sie Anspruch darauf, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mindestens bei den Tarifrevisionen in ausreichendem Maße vorwärts gebracht werden. Sonst sucht sie ihren berechtigten Ansprüchen lieber ohne Tarif in anderer Weise, Geltung zu verschaffen. Daß sie dabei nicht schlechter fährt, gestehen sogar einsichtige Unternehmer in den zitierten Sätzen ohne weiteres ein.

Die Erkenntnis, daß Tarifverträge auch dem Unternehmertum durchaus von Vorteil sind, findet auch in den Kreisen der Steindruckereibesitzer immer mehr Eingang. Das ist erkenntlich aus der Tatsache, daß nach dem Hauptvorstandsbericht allein im Jahre 1908 in 17 Fällen Tarifverträge abgeschlossen wurden, die sich zum größten Teil auf Lithographien und Steindruckereien beziehen und die die Berufsverhältnisse in einzelnen Betrieben oder in den verschiedenen Anstalten einzelner Orte regeln. Unter diese Tarifverträge fallen 1260 Kollegen. In die Berichtsperiode fällt außerdem die Erneuerung des Chemigraphen- und Kupferdruckertarifs.

Erfreulich ist, daß der Bericht auch eine ganze Reihe von Ferienbewilligungen verzeichnen kann. Für das Jahr 1907 liegen leider keine Zahlen vor. Aber für das Jahr 1908 werden in 11 Städten 19 Firmen angeführt, die ihren Arbeitern Ferien unter Fortzahlung des Lohnes bewilligt haben. Im Jahre 1909 werden die Zahlen voraussichtlich noch beträchtlich größer sein.

Damit wollen wir unsere Betrachtungen über die Jahresberichte des Hauptvorstandes schließen. Wir wünschen nur, daß das Buch selbst eifrig studiert werden möchte, damit es seinen Zweck, werbend und aufklärend zu wirken, im vollsten Umfange erfüllt.

Rundschau.

Ein Denkmal für Wilhelm Schmidt, unserm im August 1907 verstorbenen Kollegen, der der Arbeiterschaft in Frankfurt a. M. ein Führer war und der sie lange Jahre hindurch als Reichstagsabgeordneter im Parlament vertrat, wurde am 28. November 1909 eingeweiht. Die Frankfurter Arbeiterschaft, der er immer ein leuchtendes Vorbild mutvollen Kampfers für ihre Sache sein wird, setzte ihm dadurch auch ein äußeres Zeichen der

Liebe und Verehrung. Einfach und schlicht, wie Schmidt im Leben war, ist der Denkstein gehalten: ein großer Taunusblock mit dem Bildnis Schmidts, in Bronze gegossen. Darunter steht: Wilhelm Schmidt 1851—1907. Einfach und schlicht war auch die Enthüllungsfest. Obwohl keine besonderen Vorbereitungen getroffen worden waren, strömten die Parteigenossen in Scharen herbei, und eine dichte Kette von dankbaren Schülern Schmidts umringte das Grab. Ein alter Freund des Toten, der seit 1875 mit ihm zusammen für unsere Ziele kämpfte, Genosse Emil Fleischmann, hielt eine Ansprache. Er gab ein kurzes Lebensbild Schmidts, und hob besonders sein Wirken und seine Verdienste um die Arbeiterbewegung während des Sozialistengesetzes hervor. Dann erklangen nochmals die Stimmen der Sänger, die die Feier auch eingeleitet hatten: »Ein Sohn des Volkes wollt er sein und bleiben«.

Gesunde Bleiträger und gesunde Bleikranke. Es war bisher kaum möglich, die ersten Anfänge der Bleierkrankung feststellen zu können, trotzdem das für die Erkrankten von hoher Bedeutung wäre. Erst die Untersuchungen von Dr. med. Schmidt im hygienischen Institut zu Leipzig, die sich mit dem Blute beschäftigen, bringen uns der Lösung der Frage näher, denn es hat sich dabei herausgestellt, daß die rote Blutkörperchen bei Bleikranken eine weitgehende Veränderung erleiden. Man muß also den von der Norm abweichenden Blutbefund — es handelt sich um gekörnte rote Blutkörperchen — als eine frühe Feststellung der Bleivergiftung betrachten, und zwar schon zu einer Zeit, in der klinisch noch kaum ein Verdacht besteht. Es gibt nämlich Leute, die schon erkrankt sind, ohne daß sie selbst Unbequemlichkeiten spüren. Für diese hat Schmidt die Bezeichnung »gesunde Bleiträger« eingeführt. Sie sind ohne Zweifel zahlreicher, als man denkt, und zwar in einer ganzen Reihe von Betrieben. Diese gesunden Bleiträger herauszufinden, sie unter ständige Kontrolle zu nehmen und zu der größten Sauberkeit bei der Arbeit zu ermahnen, wird künftig eine Hauptaufgabe der Fabrikärzte in Bleibetrieben sein. Arbeiter zu veranlassen, auf Grund eines wiederholt positiv ausgefallenen Blutbefundes ihren Beruf zu ändern, wird kaum möglich sein. Viel zahlreicher als diese »gesunden Bleiträger« sind die »gesunden Bleikranken«. Man hat sie auch »Bleihysterische« genannt und ist über die ungeheure Zahl der in Frage kommenden Leute überrascht gewesen. Solche »gesunde Bleikranke« von den wirklich Bleikranken zu unterscheiden ist mit der Blutuntersuchung möglich. Schmidt betont, wieviel unsere Krankenkassen wohl in einem Jahre für solche »Bleihysterische« früher ausgegeben haben; vermutlich ist die Summe sehr erheblich. Diese Ersparnisse können künftig den wirklich Bleikranken in sehr wohlthätiger Weise zugute kommen.

Eine für Krankenkassen wichtige Entscheidung fällt, wie dem Druckereianzeiger berichtet wird, am 4. November der Bezirksausschuß des Regierungsbezirks Cassel. Der Magistrat der Residenzstadt Cassel hatte als Aufsichtsbehörde der Krankenkassen gegen einen Beschluß des Vorstandes der Ortskrankenkasse No. 9 für Buchdrucker, Buchbinder, Lithographen und verwandte Gewerbe eine Verfügung erlassen, welche es für unstatthaft erklärte, Kassengelder zu verwenden zur Entsendung eines Vertreters der Kasse zu der (im August d. Js. in Bremen abgehaltenen) Jahresversammlung der Ortskrankenkassen Deutschlands. Gegen diese Verfügung strengte der Vorstand der Ortskrankenkasse No. 9 in Cassel Klage im Verwaltungsstreitverfahren an mit dem Antrage auf Aufhebung dieser Verfügung. Der Bezirksausschuß gab diesem Antrage statt und verurteilte den Magistrat kostenpflichtig, die Verfügung wieder aufzuheben.

Verdiente Strafe für die Gelben. Von dem Millionenüberschuß, den die bekannte Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg im abgelaufenen Geschäftsjahre erzielte, wurde dem gelben Werkverein die Summe von 100000 Mk. überwiesen — für »Arbeiterwohlfahrtsrichtungen«, wie es in dem Geschäftsbericht heißt. Nun ist aber insbesondere die Direktion der Maschinenfabrik Augsburg durchaus nicht willens, etwas herzuschenken, ohne eine entsprechende Gegenleistung zu fordern, und so folgte eine ganz empfindliche Lohnreduzierung auf dem Fuße. Wie den Arbeitern angekündigt wurde, soll nach und nach die Akkordarbeit ganz abgeschafft werden und in der Werkstätte für Schnellpressenbau ist bereits der Anfang gemacht worden. Um aber die gleiche Arbeitsleistung wie früher zu erzielen, ist das Aufsichtspersonal vermehrt worden. Diese neue Einführung bringt den davon betroffenen Arbeitern einen Minderverdienst von 20 bis 50 Prozent, da sie nun die gleiche Arbeit zu einem erheblich niedrigeren Stundenlohn leisten müssen. Die Leutchen haben es wirklich nicht besser verdient! Das sehen sie selbst auch immer mehr und mehr ein. So ist in Augsburg, dem Sitze der gelben Bewegung, die Auflage des von den Fabrikanten bezahlten, gelben Organs »Die Wehr« von 10000 auf 6000 Exemplare zurückgegangen. Auch sonst weist gar manches auf einen Umschwung in der Stimmung der Augsburger Gelben hin. In der Hochburg der Gelben, der Maschinenfabrik Augsburg, wurden zu der alljährlich stattfindenden Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung durch den gelben Verein trotz persönlicher Umfrage bei den gelben Mitgliedern durch

die Vorgesetzten 1500 Kinder weniger angemeldet wie im Vorjahre. Die gelben Arbeiter haben eben die Wohlthaten der gelben Vereine an eignen Leibe erfahren können.

Niederhaltung der organisierten Arbeiter verlangt die Berliner »Post«, das schlimmste Scharfmacherorgan, in einem Artikel aus industriellen Kreisen, der sich ebenfalls mit dem neuen Entwurf des Deutschen Strafgesetzbuches befaßt. Der Vorwurf wird als willkommenes Gelegenheit empfunden, die Rechtsunsicherheit für die Arbeitgeber und die Arbeitswilligen zu beseitigen. Es wird für zeitgemäß gehalten, die Ausübung des Koalitionsrechts der gewerblichen Arbeiter ins Auge zu fassen, die sich zu einer Schrankenlosigkeit und Willkürherrschaft der Arbeiterbestrebungen entwickelt habe. Bei der ersten gesetzlichen Festlegung des Koalitionsrechts habe man noch keine Vorstellung von der höchst verwerflichen Schreckensherrschaft, die jetzt die Gewerkschaften in Streikfällen ausüben, gehabt. Wörtlich heißt es darüber: »Die inzwischen entstandenen Tatsachen müssen naturgemäß die Grenzen des Koalitionsrechts ändern. Es muß auf seinen berechtigten Umfang zurückgeführt werden, auf Verabredungen und Vereinbarungen über gemeinsame Lohnforderungen und dergleichen. Das Recht zur gemeinschaftlichen Arbeitsniederlegung soll den gewerblichen Arbeitern nicht beschränkt werden, wohl aber dürfen dessen Auswüchse nicht mehr geduldet werden. Denn sie sind kulturwidrige Erscheinungen, wie das ja genügend an bezeichnenden Beispielen dargetan worden ist, und sie müssen dahin führen, die Unternehmungstätigkeit in einer für das Volkwohl höchst schädlichen Weise zu beeinträchtigen. Im Zusammenhange damit müssen auch stärkere Schutzmaßregeln für die Arbeitswilligen, also überhaupt ein größerer persönlicher Schutz gegen Behinderung, Belästigungen, Beschimpfungen und Mißhandlungen seitens dritter Personen aus Anlaß von Arbeiterbewegungen geschaffen werden. Dies würde auch mit dem allgemeinen Verlangen nach größerem Schutze gegen Beleidigung überhaupt übereinstimmen. Die persönliche Ehre muß zukünftig mit größeren Sicherheitsmaßregeln umgeben werden, als sie es gegenwärtig ist.« Diese »bescheidenen« Wünsche sind so rührend zu lesen, daß man sie nicht gut als eine bedenkliche Begriffsverwirrung bezeichnen kann, sondern eher als Erguß einer gefühlvollen Seele bewerten muß, deren Ehrbegriff mit demjenigen eines Streikbrechers vollständig übereinzustimmen scheint. Und ohne Zweifel sind sie einander wert diese Sorte von Unternehmern und die »ehrenhaften« Arbeitswilligen. Wir gönnen ihnen den weitgehendsten Schutz und würden sogar Stellung unter Polizeiaufsicht für beide Parteien als angemessen betrachten.

Ein eigenes Gewerkschaftshaus haben sich auch die freien Gewerkschaften in Brandenburg zugelegt. Es ist das Etablissement »Stadtpark«, das im Mittelpunkt der Stadt liegt, aus Restaurations-, Vereins- und Gesellschaftszimmern, zwei großen Sälen, einem großen Garten und einigen Privathäusern besteht, 3000 Quadratmeter Bodenfläche umfaßt und 173000 Mk. kostete.

Zum Schnapsboykottbeschuß des Leipziger Parteitag hat der Vorstand der sozialdemokratischen Partei eine Erklärung veröffentlicht, die die Durchführung des Boykotts zu fördern geeignet ist. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission bespricht in seiner Nummer vom 27. November diese Erklärung und schließt der Besprechung folgende unterstützenswerten Ausführungen an: Es darf erwartet werden, daß auch die Gewerkschaftsmitglieder bei der Durchführung des Boykottbeschlusses nach besten Kräften mitwirken. Daß es dabei nicht zu Zerwürfnissen innerhalb der Organisationen kommen darf, gebietet allein das Selbsterhaltungsinteresse der Gewerkschaften. Die Vertrauensleute der Organisationen in Fabrik und Werkstatt und die Versammlungsleiter können durch ruhige Erläuterung des Boykottzweckes vieles tun, um schädigende, zwietrachtstänkende Wirkungen dieses Boykotts fernzuhalten.

Ist Gewerkschaftsarbeit Sisyphusarbeit? Ueber diese Frage sprach Genosse Eduard Bernstein am 28. November in einer zahlreich besuchten Branchenversammlung der Werkzeugmacher in Berlin. Der Redner legte zunächst dar, wie die Meinung, die Gewerkschaftsarbeit sei eine Sisyphusarbeit, eine Arbeit, die ihr Ziel nie erreiche, weil die Lohnhöhe abhängig sei von Angebot und Nachfrage, schon in den ersten Zeiten der englischen Gewerkschaftsbewegung bei Sozialpolitikern und Nationalökonomem auftauchte, die der Arbeiterschaft keineswegs feindlich gesinnt waren; wie dieselbe Ansicht bei den Frühsozialisten, z. B. Robert Owen in England, Fourier und Proudhon in Frankreich zutage trat und wie selbst Marx um dieselbe Zeit erklärte, daß die Gewerkschaften die sinkende Tendenz der Löhne wohl aufhalten, aber nicht beseitigen könnten, Lassalle 1863 äußerte, daß er die deutsche Arbeiterschaft vor dem Elend der englischen Gewerkschaften bewahren wollte. Ferner führte der Redner aus den Jahren 1893 und 1894 Aueßerungen von Parteigenossen wie Klara Zetkin, Bebel usw. an, die eine der englischen entsprechende starke Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung damals nicht für möglich hielten, und zeigte dann, wie sich die deutschen Gewerkschaften seitdem tatsächlich entwickelt haben, ihre Mitgliederzahl auf von 250000 auf über 1800000 gestiegen ist. In Wirklichkeit seien sie nun stärker als

die englischen, denn in England rechnet man manche Vereine zu den Trades-Unions, die nicht als Kampforganisationen im Sinne der deutschen Gewerkschaften gelten können. Wenn man nun zum Beweise dafür, daß die durch die Gewerkschaften erzielten Lohnerhöhungen mit der Verteuerung der Lebenshaltung nicht Schritt hielten, die amerikanischen Verhältnisse heranzieht, sei das ein irreführendes Beispiel, denn in Amerika habe man jetzt fortwährend mit einer starken Einwanderung aus Ländern zu rechnen mit wirtschaftlich tiefstehendem Proletariat. Ein weit brauchbareres Material gäben die deutschen Gewerkschaften. Der Redner führte dann die jüngst im 'Correspondenzblatt' der deutschen Gewerkschaften veröffentlichten Berichte über die in den verschiedenen Berufen im Laufe der Jahre errungenen Lohnerhöhungen an und erklärte, daß diese mit der Verteuerung der Lebenshaltung mindestens Schritt gehalten hätten. Die pessimistischen Ansichten über die Gewerkschaftsbewegung seien also nicht gerechtfertigt. Aber die geistig hochstehenden Leute und Parteigenossen, die solche Ansichten hegten, hätten sie keineswegs aus der Luft gegriffen, sondern auf Grund von Tatsachen, verloren gegangenen Gewerkschaftskämpfen jener Zeiten gewonnen. Inzwischen habe man einsehen gelernt, daß Kämpfe, die scheinbar mit Niederlagen enden, doch schließlich nicht als verloren anzusehen seien. Allerdings sei die Macht der Gewerkschaften beschränkt. Sie könnte den Unternehmerprofit nicht aus der Welt schaffen und ebensowenig das Gesetz der Bodenrente. Auf einem Gebiete aber seien die Erfolge der Gewerkschaften unbestreitbar und dauernd und das betreffe die Verkürzung der Arbeitszeit. Was hier einmal in einem Gewerbe Sitte geworden sei, das sei sehr schwer wieder abzuschaffen. Die Arbeitszeitverkürzung bedeute aber mehr Freiheit, mehr Bildungsmöglichkeit für die Arbeiter. Dauernd seien auch die Erfolge in der Ausbildung des Arbeiterrechts in dem Sinne, wie es die Gesetzgebung nicht geben könne, daß der Arbeiter in den Betrieben als Mensch behandelt werde. Die Gesetzgebung nicht geben könne, daß der Arbeiter in den Betrieben als Mensch behandelt werde. Die Gesetzgebung könne hier nur allgemeine Normen schaffen, den Geist in die Betriebe zu bringen, müsse den Arbeitern selbst überlassen bleiben. Je größer nun die Betriebe werden, je mehr sich das Kapital koaliere, um so größer müssen auch die Lohnkämpfe werden, aber umso mehr werde auch die Öffentlichkeit an diesen Kämpfen interessiert. Dann spiele die Arbeiterschaft um so mehr, wenn politische Macht hinter ihr stehe, eine solche Rolle im öffentlichen Leben, daß die Allgemeinheit sich einmischen müsse. Die Lohnkämpfe der Gewerkschaften seien auch da keine Sisyphusarbeit, wo man sie besser mit der Echternacher Springprozession vergleichen, wo bekanntlich zwei Schritt vorwärts und ein Schritt rückwärts gemacht werde, man also doch vorwärts komme. Nachdem der Redner noch auf die Bedeutung der politischen Bewegung hingewiesen und namentlich betont hatte, daß die Arbeiterschaft auch die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen durchsetzen werde, schloß er seinen inhaltreichen Vortrag mit den Worten: Die Gewerkschaftsbewegung ist keine Sisyphusarbeit, kein Trugbild, sondern eine nützliche und notwendige Kulturbewegung, ein mächtiges Glied in der großen Emanzipationsbewegung unserer Zeit. Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Wirtschaftliche Monatsschau.

Der neue Schienenvertrag des Eisenbahnfiskus. Kieler Staatswirtschaft. Abschlüsse in der Elektroindustrie. Einführung amerikanischer Werte in Deutschland. Das Kalisyndikat schreibt nach dem Staate. Einschränkung der Produktion von Kallialzen. Ein Reichsmilchamt.

Als ein Ereignis von bestimmender Bedeutung für die Situation in der deutschen Eisenindustrie kann der Abschluß betrachtet werden, der jetzt wieder neu auf zwei Jahre zwischen der preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung und dem Stahlwerksverband wegen der Lieferung von Schienen und Schwellen erfolgt ist. Das letzte Mal wurde der Vertrag bekanntlich unter den eigentümlichsten Bedingungen auf drei Jahre geschlossen. Es war im September 1907, als das Gebäude der Hochkonjunktur schon die bedenklichsten Risse zeigte. Damals brachte es der Stahlwerksverband noch fertig, sich für die drei Lieferungsjahre Hochkonjunkturpreise in dem Vertrag festlegen zu lassen. Der Preis zeigte kurz nach der Festlegung gegenüber dem sonst üblichen eine Differenz von genau 25%. Also eine nette Einnahme auf der einen Seite, auf der anderen eine beachtenswerte Ausgabe, aus allgemeinen Mitteln natürlich, die bei dem Hundertmillionenauftrag nicht zu knapp war. Jetzt ist der Vertrag, trotzdem die Zeit noch nicht abgelaufen ist, auf zwei Jahre neu geschlossen worden. Die Preisveränderung zeigt folgende Zusammenstellung. Der Preis für Stahlschienen betrug nach dem Vertrage pro Tonne in den Jahren 1904: 112 Mk., 1907: 120 Mk., 1909: 116 Mk. Der Grundpreis von 116 Mk. ist also noch bedeutend höher als der von 1904, trotzdem werden es die Interessierten sicher nicht versäumen, davon zu schreiben, daß diesmal der Staat sehr billiges Material bekomme. Die Forderung ist noch reichlich hoch. Das Internationale Schienensyndikat verkauft jetzt die Tonne Schienen mit 105 Mk. und auch diesen Preis kann es noch nicht einmal richtig

halten. Auch die Stabeisenpreise zeigen durchaus noch nicht die Höhe, daß die Forderung des Verbandes als berechtigt angesehen werden könnte. Es ist eben das alte Lied, am Staate will man nicht nur verdienen, sondern gründlich verdienen. Was nützt uns der Patriotismus, wenn er nichts bringt! — Es mag etwas verwunderlich erscheinen, daß der Fiskus schon jetzt den Vertrag erneuert. Außer seiner Gewohnheit, immer schon einige Quartale vorher die Bestellungen für seinen Bedarf aufzugeben, mag auch die Ansicht mit beeinflussend gewirkt haben, daß, je weiter die Vertragserneuerung hinausgeschoben wird, um so mehr an eine der Konjunkturkurve parallel laufende Preissteigerung gedacht werden muß. Auf der anderen Seite hat natürlich der zeitige Vertragsabschluß zu solch anständigen Preisen den Vorteil für den Stahlwerksverband, jetzt dem Preisniveau ein gewisses Rückgrat gegeben zu haben. Im Ernstfalle kann man sich immer wieder auf die im Vertrage festgelegten Preise berufen. Es ist halt Kieler Geschäftspolitik.

Wirklich, die Kieler Prozeßverhandlungen bringen die interessantesten Dinge über die kaufmännischen Fähigkeiten des Marinefiskus an das Tageslicht. Es wäre aber falsch, hier nur auf ein einziges Symptom zu schließen. Im großen und ganzen geht es beim Fiskus fast durchgängig so unkaufmännisch zu. Lustig erscheint da beinahe — wenn man von der traurigen Tatsache absieht, daß der Steuerzahler, und in allererster Linie der Arbeiter durch die Belastung mit indirekten Staatslasten, das Geld wieder aufbringen muß — wie solche kleine fiskalische Extravaganzen entdeckt werden. In Kiel wird ein Unteraufseher wegen Durchstechereien festgestellt und bestraft. Bei der Untersuchung entdeckt man zufällig die großen Diebe.

Auf der fiskalischen Grube Ver. Gladbeck scheint sich jetzt ein ähnliches Drama abwickeln zu wollen. Dort wurde bekanntlich vor einigen Wochen die gesamte Lohnsumme in verschiedenen Geldsorten in der Höhe von über einer Viertel Million gestohlen. Bei den Untersuchungen kam man jetzt zu einem Beamten des Bergwerkes, der Geld in denselben Sorten in verwerdlicher Menge besaß; er weist aber in seiner Angst, als der Dieb zu gelten, nach, daß er die Summen bei den Lohnauszahlungen ständig unterschlagen hat! Solche Sachen entdeckt man in Preußen nebenbei! —

Einen guten Jahresabschluß meldet die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft. Sie ist durch das Jahr 1908 so wenig beeinflusst worden, daß sie sogar 1 Prozent mehr Dividende verteilen kann wie im Vorjahre. Es sind diesmal 13 Prozent, die auf ein Aktienkapital von 100 Millionen zur Ausschüttung gelangen. Die Allgemeinheit ist daran gewöhnt, nicht zu erfahren, woher die Gewinne des Betriebes stammen, es wird nur mitgeteilt, daß im Fabrikations- und Warengeschäft inkl. Zinserträgen 18,7 Millionen, gegen 17,8 Millionen im Vorjahre, verdient worden sind. Die sicher beträchtlichen Gewinne, die aus dem Besitze von Effekten, also von Aktien anderer Betriebe resultieren, lernt man überhaupt nicht kennen, sie sind schon vor der Abrechnung zu stillen Abschreibungen benutzt worden. In welcher Höhe sie ungefähr stehen mögen, läßt sich vielleicht daraus annähernd ahnen, daß an sichtbaren Effekten 59,9 Millionen Mark festgestellt werden. Recht beachtenswert erscheint, daß in dem Geschäftsberichte mitgeteilt wird, daß der Warenumsatz im Berichtsjahre ziffermäßig der höchste ist, der bis jetzt jemals erreicht wurde; wieviel er beträgt, erfährt man aber auch nicht. Eine sicher reich ergebige Verdienstquelle war im vergangenen Jahre der niedrige Preis für Metalle. Da die A. E.-G. in der kritischen Periode, wie sie selbst mittelt, sehr gut mit flüssigen Mitteln versehen war, wird sie die billigen Preise zu großen Materialkäufen recht gelegen gefunden haben. Daß in diesen Einkäufen Gewinne von nicht zu unterschätzender Bedeutung liegen, zeigte ja das Vorjahr. Damals hatte allein das Kabelwerk Oberspre der A. E.-G. durch die gewaltig gestürzten Kupferpreise einen Gewinn von rund 10 Millionen Mark. Aus dem Bericht läßt sich noch weiter ersehen, daß das Geschäft in elektrischen Fernverkehrsmitteln jetzt anfängt, sich langsam auszuspinnen. Die Kursgewinne sind aber durch die Spekulationen schon seit Jahren auf Grund dieser Hoffnungen gemacht worden. Auch das Ueberlandzentralengeschäft hat sich weiter entwickelt; es ist in seiner tatsächlichen Ausdehnung aber schon bedeutend weiter wie die Elektrifizierung der Bahnlagen.

Deutschland wird mit jedem Jahre amerikanischer. Und nicht nur in der inneren Struktur. An den Austauschprofessoren scheint man sich versehen zu haben. Von einem bekannten amerikanischen Finanzinstitut war ein Direktor in Deutschland, von der Darmstädter Bank war einer drüben. Beide sprachen natürlich aus, daß sie jetzt, nachdem sie etliche Wochen ein ihnen fremdes Land betrachtet haben, völlig von der Meinung beseelt seien, daß es mit der alten wirtschaftlich ungünstigen Zeit längst vorbei sei; überall könne man nur noch von dem herrlichsten Blühen sprechen. Der Zweck ist sehr durchsichtig, die amerikanischen Werke suchen sich einen Markt mehr, und die Deutschen, wenigstens interessierte Kreise, kommen dem entgegen. Ob es ein Fortschritt sein wird, stark verwässerte Stahltrustanteile oder Papiere von noch eigenartigerem Werte auch auf den deutschen Börsen notiert zu sehen, erscheint heute noch mehr als fraglich.

Die Amerikaner verstehens halt, sich auf der Welt bequem einzurichten. Ihre Politik gegenüber dem Kalisyndikat ist ein glänzendes Beispiel dafür. Es muß dabei aber immer wieder betont werden, daß es ihnen auch gründlich leicht gemacht worden ist. Und dies durch die Leute, die heute, da die Amerikaner das Monopol Deutschlands in Düngegalzen zerstört haben, nicht genug nach dem Staate rufen können. Durch eine Kontingentierung oder durch einen Ausfuhrzoll soll den Amerikanern der Vorteil der billigen außersyndikalischen Kalilieferungsverträge illusorisch gemacht werden. Es bleibt bei allem aber doch zu beachten, daß hier wieder mal mit Deutschlands Ausfuhr ein recht frevelhaftes Spiel getrieben wird. Was jetzt schön aussieht, den Amerikanern die abgeschlossenen Kalilieferungen zu recht teuren Geschäften zu machen, von denen man dann ebenso gern los läßt, wie man jetzt daran festhält, hat auch seine Schattenseiten. In kurzer Zeit wird der Handelsvertrag, das Provisorium mit den Vereinigten Staaten abgelaufen sein, und dann gibt es Zollkrieg, wenn keine Einigung möglich wird! Amerika hat ja seinen neuen Zolltarif so eingerichtet, daß es gegen alle die Länder, die seine Produkte disqualifizieren — man denke an das deutsche Verbot der Einfuhr amerikanischen Fleisches — recht fühlbar vorgehen kann. Der drohende Maximalzoll, ein Zuschlag an Zoll in der Höhe von 25 Prozent des Warenwertes, ist keine Kleinigkeit. Zumal, wenn im Auge behalten wird, daß wir die amerikanischen Rohprodukte, Baumwolle usw. auf jeden Fall brauchen, und daß die Union von uns, nahezu mit der einen Ausnahme des Kalidüngegalzen, nur verarbeitete Produkte bezieht. Es wird aber auch diesmal sein, wie es immer war, nach den Interessen des Volkes wird überhaupt nicht gefragt, wenn nur die Vorteile der Junker gesichert sind. Und der Bund der Landwirte hat gerade in der Kaliiindustrie sich viel weiter engagiert, als gemeinhin angenommen wird. Wenn aber auch eine Einigung mit den in der deutschen Kaliiindustrie sitzenden Amerikanern so sicher wäre, wie sie unsicher ist, allen Gefahren wäre das Kalisyndikat damit noch lange nicht aus dem Wege gekommen.

Aus einer Besprechung, die vor einigen Tagen zwischen den Beteiligten stattgefunden hat, ist ersichtlich, daß man dies sehr gut weiß. Um in Zukunft möglichst wenig neue Kaliwerke entstehen und neue Außenseiter aufwachsen zu lassen, erwägt man, einen Fonds anzulegen, solche abbauwürdige Konzessionen einfach abzulösen und dann natürlich brach liegen zu lassen. In anderer Art ist diese Politik schon zur Wahrheit gemacht worden. Um das eigene Bergwerk gründlich ausbeuten zu können, werden einfach die Produktionsberechtigungen anderer Werke des Syndikates aufgekauft. Der andere Betrieb bleibt halb oder ganz liegen, der Verkauf bringt den Herren Gewerken die üblichen Zinsen zum Jahresschluß, und die Hunderte und Aberhunderte von Arbeitern mögen sehen, wo sie bleiben. In dem anderen Bergwerke wird mit doppeltem Anteil an der Syndikatsproduktion gearbeitet, vielleicht auch Raubbau getrieben. Und der preußische Staat, als Vorsitzender des Syndikats, macht ruhig mit!

Wieviel wichtigeres wäre in Deutschland zu tun! So weist eine kürzlich erschienene Schrift darauf hin, daß der deutsche Milchkonsum — mit seinem Wert von 2,1 Milliarden — gegen einen Wert von 2,25 Milliarden bei unserer gesamten Getreideernte und 1,68 Milliarden des gesamten Hütten- und Bergwerksbetriebes — trotz seiner gewaltigen volkswirtschaftlichen Bedeutung noch absolut ungeregelt ist. Eine Zentrale für statistische Sammlung, ein Reichsmilchamt wäre da eine gewaltige Kulturart. Aber dafür hat Michel sicher kein Geld, nur für den Stahlwerksverband, für Kiel usw. usw. K. H.

Jugendgeschichte einer Arbeiterin.

In das Surren und Rattern der Räder, den wüsten Lärm der Maschinen tönt der schrille Pfiff der Fabrikpfeife. Feierabend! Die Fabrikarbeiter tun sich auf und heraus strömen, die frische Abendluft mit giftigem Fabrikrauch schwängend, alte Frauen mit greisem Haar, kaum der Schule entwachsene Mädchen, junge schlaftrübe Mütter. Sie haben gefront von früh morgens bis abends spät. Sie tragen ihre Gesundheit frühzeitig zu Grabe, gehen zu Grunde, ohne des Lebens Schönheiten je gekannt und genossen zu haben. Welch ein Verbrechen an der Menschheit! Warum? Ja, warum! Wieviele wissen keine Antwort darauf! Tausende! Millionen! Sie wissen nicht, daß nur die Profitgier des Kapitalisten diesen Geschöpfen zehn und mehr Stunden täglich von ihrem »Leben« nimmt. Sie wissen nicht, daß der Kapitalist lieber Weiber ausbeutet als Männer, denn sie, die Weiber, sind billiger und geschmeidiger, den zermalmanden Klammern der Maschine zu entrinnen. Und obendrein noch die wegwerfenden Blicke des satten Bürgertums auf die »Fabrikmädchen«, wenn sie es wagen, sich auch einmal als Mensch zu fühlen. Wie erbärmlich ist die Lage des proletarischen Weibes, das nur unter Aufbietung aller Energie kämpft, um nicht zu »fallen«.

Aber es ist logisch, daß es im Proletariat, also einer Klasse, die im steten Kampfe steht, Charaktere gibt, wie wir sie in der Bourgeoisie vergeblich suchen. Der Kampf ums tägliche Brot schallt unter gewissen Voraussetzungen starke Charaktere. Unser jetziger Gesellschaftszustand verhindert aber ein

Ausreifen dieser Menschen. Die vom Genossen Gölze herausgegebenen Arbeiterbiographien beweisen es. Aber die gewaltige Idee des Sozialismus gab den Anstoß, daß mancher Mensch sich aus den Niederungen, in denen er sich befand, befreite: »Durch die Sozialdemokratie hat das Denken von Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen eine feste Struktur bekommen. Die Sozialdemokratie hat sie aus ihrer Stumpfheit herausgerissen...« sagt Pastor Liebster in seinem Buche »Kirche und Sozialdemokratie«. Die Idee des Sozialismus zog die Menschen zu sich empor, sie gestattete ihnen einen weiteren Blick in Vergangenheit und Zukunft.

Alle diese Tatsachen sind zu erkennen an einer Schrift, welche sich »Jugendgeschichte einer Arbeiterin« betitelt. Sie ist im Verlage von Ernst Reinhardt in München erschienen, umfaßt 104 Seiten 8^o und kostet broschiert 1 Mk., gebunden 1,80 Mk. Unter dem Pseudonym »Von ihr selbst erzählt« veröffentlicht die österreichische Genossin Adelheid Popp-Wien die Geschichte ihrer Jugend in einer Schlichtheit und Innigkeit des Ausdrucks, daß selbst Genosse Bebel, der das Vorwort schrieb, erklärte: »er habe selten mit tieferer Bewegung eine Schrift gelesen«. Es sei gestattet, einen flüchtigen Blick hineinzuwerfen, da diese Schrift geradezu typisch ist zur Kennzeichnung des ganzen Elends und der Zukunftshoffnungen des Proletariats.

Ohne viel Federlesens führt uns die Verfasserin direkt in ihre unglückliche Kinderzeit:

»Kein Lichtpunkt, kein Sonnenstrahl, nichts vom behaglichen Heim, wo mütterliche Liebe und Sorgfalt meine Kindheit geleitet hätte, ist mir bewußt. Der Vater ein Trinker; kein liebes Wort, dafür aber häusliche Szenen widerlichster Art; das waren die Momente, welche am ersten auf sie einwirkten. Nach dem baldigen Tode ihres Vaters war die Mutter die alleinige Ernährerin von fünf Kindern; als Feindin aller »neumodischen Gesetze«, wie Schulpflicht usw., erwartete sie von ihren Kindern Unterstützung. So mußte unsere kleine Achtjährige schon mit verdienen helfen. Vom zehnten Jahre blieb sie der Schule fern, um bei zwölfstündiger Arbeit 20 Kreuzer zu verdienen, ungeachtet die Arbeit, die sie mit nach Hause nahm. »Damals nahm ich mein Los als etwas selbstverständliches hin; nur ein heißer Wunsch überkam mich immer wieder: *nur einmal ausschlafen zu können*«. Während andere Kinder in diesem Alter ihre Jugendzeit genossen, mußte sie sich schon abrackern von morgens bis abends. Jetzt noch steigt in ihr bei dieser Erinnerung »ein Gefühl grenzenloser Erbitterung« auf.

Kein Wunder, daß sie unter diesen Umständen schon mit vierzehn Jahren unterernährt war. Der Arzt verordnete ihr viel Bewegung in frischer Luft, wo doch ihr geringer Verdienst im Hause so notwendig war. Sie war so schwach, daß sie keinen Schritt vor die Tür gehen mochte, aus Furcht, bewußlos zu werden. Man brachte sie in ein Krankenhaus, und — so paradox es klingen mag, es war die beste Zeit, die sie gehabt hatte. Nachdem sie wieder »gesund« war, wollte sie nur »gute Nahrung zu sich nehmen; und sie aß mittags — »Brot und Obst, oder ein Stück Wurst«. Und fromm war sie. Sie »ging von Altar zu Altar, kniete auf den kalten Steinfliesen nieder und betete... zu allen Heiligen«, um endlich Arbeit zu bekommen, da sie kurz vor Weihnachten entlassen worden war. Und wirklich fand sie am andern Tage eine Börse mit zwölf Gulden. Sie dachte damals nicht daran, daß vielleicht ein armer Teufel die Börse verloren haben konnte. So mußte sie schon im zarten Alter das harte Joch der Arbeit schleppen. Sie selbst sagt darüber: »Die Last dieser Kindheit ist viele Jahre auf meinem Gemüt gelegen und hat mich zu einem frühesten, dem Frohsinn abgewandten Geschöpfe gemacht. Etwas Großes mußte in mein Leben treten, um mir überwinden zu helfen...«

Und dieses »Große« kam. — Der einzige Lichtpunkt in dem öden, gleichförmigen Dahinvegetieren und Dahinschanden des Arbeiters ist die Hoffnung, daß es noch einmal besser werden muß. Die Idee eines besseren Gesellschaftszustandes, die Hoffnung auf ein menschenwürdigeres Dasein, diese Idee, welche die Herzen höher schlagen, die Augen wieder aufleuchten läßt, sie macht auch unser Leben erträglicher. Darum erträglicher, weil die Gedanken unser Hirn dargestellt ausfüllen, um auch bei der stumpfsinnigsten Arbeit nicht zu verzagen. Und diese Idee, dieses »Große«, was in ihr Leben trat, machte auch aus unserer Proletarierin ein anderes Menschenkind. Sagt sie doch selbst: »Einer großen Sache aus Begeisterung dienen, gibt so viel innere Freude und verleiht dem Leben einen so hohen Wert, daß man viel ertragen kann, ohne mutlos zu werden...«

Nach längerer Arbeitslosigkeit kam sie in eine Korkfabrik. Hier lernte sie das Leben und Treiben eines kapitalistischen Großbetriebes kennen. Obgleich hier die höchsten Löhne gezahlt wurden, konnten sich die Frauen nur sehr schlecht ernähren. Wurst, Käseabfälle, Obst und Butterbrot bildeten auch hier das Mittagessen. Wollten sie einmal etwas »feines« haben, kauften sie sich für acht Kreuzer Suppe und Gemüse. Doch was unserm Zeitalter das Maß der Schande aufträgt, war, daß auch hier ein Mädchen nicht avancierte, wenn es seine Gunst dem Vorgesetzten verweigerte. Trotzdem hatten diese Arbeiterinnen viel Opfermut, und sie steuerten jederzeit ihr Scherlein, wenn in einer

Familie Not ausgebrochen war. Unserer Freundin gefiel es hier ganz königlich. Nur eins fehlte an ihrem Glück: eine Wallfahrt. Sie hatte schon so viel von wunderartigen Gnadorten gehört und erhoffte von einer Wallfahrt eine gute Wirkung auf ihr Gemüt. Jedoch sie war enttäuscht. Abgestoßen und angewidert war sie von dem Getriebe an diesem Orte, das eher einem Kirchweihfest denn einem Gnadort gleich.

Mehr und mehr nahm sie Anteil an den öffentlichen Ereignissen. Obgleich sie streng religiös und dynastiefreundlich war, rangen doch damals schon zwei Anschauungen in ihr um die Oberhand. In dieser Zeit fand ein Anarchistenprozeß statt, in den auch Sozialisten hineingezogen wurden. Sie verfolgte den Prozeß mit Spannung und lernte auch die Anschauungen der Sozialdemokraten kennen. Sie war begeistert. Es stürmte und drängte in ihr, ihr Hochgefühl war mit nichts zu vergleichen. Aus ihr war ein anderer Mensch geworden. Durch Freunde wurde sie in die sozialistische Literatur eingeführt, und als herrlichstes Ideal stand vor ihr das Ziel: mitzuwirken an der Befreiung der Menschheit. »Wäre ich doch ein Mann«, wiederholte sie immer wieder. Aber bald sollte sie Gelegenheit haben, praktisch wirken zu können. In einer großen Versammlung hatte sie das Gefühl, reden zu müssen. Sie überwand die erste Aufregung, sprach über das, was sie an sich erfahren hatte und forderte Bildung und Wissen für ihr Geschlecht. »Der Jubel in der Versammlung war grenzenlos. War sie doch das erste Weib, das den Mut hatte, öffentlich aufzutreten.

In der Fabrik hatte man mittlerweile von ihrer Tätigkeit erfahren. Der Fabrikant rief sie ins Kontor, redete sie mit »Fräulein an und bedeutete ihr, daß Politik ein undankbares Geschäft sei, auch dulde er in seinem Betriebe keine Agitation. Sie versuchte, seine Worte zu beherzigen. Aber das war schwerer, als sie gedacht hatte. Die Arbeitsverhältnisse hatten sich verschlechtert. In der Fabrik durfte sie nicht reden, desto mehr tat sie in Versammlungen und in der Presse. Da wies ihr der Fabrikant eine Stelle an im Kontor; zweifellos um sie von ihrer Tätigkeit abzulenken. Früher hätte sie sich über eine solche Verbesserung ihrer Lage gefreut, jetzt war es ihr gar nicht angenehm; sie fürchtete, von ihren Kolleginnen entfremdet zu werden. Sie kündigte, um sich ganz dem Proletariat zu widmen. Beim Abschied überreichte ihr der Herr ein schönes Zeugnis mit den Worten: »Ich wünsche Ihnen, daß Sie in Ihrem neuen Wirkungskreise ebensoviel Anerkennung finden mögen wie bei uns!«

Mit einem Gefühl tiefster Befriedigung, mit dem Vorsatz, ihr nachzueifern, legen wir das Buch aus der Hand. Mit packender Illustration schilderte die Verfasserin ihre Jugend und ihre innere Wandlung. Wir können durchaus unterstreichen, was die »Gleichheit« über diese Schrift schreibt: »Dies Buch gehört der Proletarierin, möchten wir auf das Titelblatt setzen. In der Tat: wenn irgend eine Schrift geeignet ist, diesen Versklavten und den Versklavten zur Lehr zu dienen und zur Ehr zu gereichen, so ist es dies wundervolle Büchlein, dem die größte Schönheit der Schlichtheit, Wahrheit und Echtheit eignet. Die Schrift ermahnt uns aber auch, in der Arbeiterin unsere Kampfgenossin zu betrachten, nicht den Spielball erotscher Neigungen. Sie ermuntert uns auch, in der Proletarierin die Sehnsucht nach einem Gesellschaftszustande zu erwecken, wo auch die Frau der Menschenrechte teilhaftig wird, die ihr heute versagt sind. »Das Ziel ist so ungemain schön, es leuchtet so verheißend, daß nichts so schwer sein kann, um nicht doch die Kraft zu finden, es zu überwinden«, sagt die Verfasserin am Schlusse. In diesem Sinne sei die Schrift allen Kollegen zur Anschaffung empfohlen.

Ernst Schädlich.

In demselben Verlage erschienen inzwischen noch zwei weitere ähnliche Bücher, die mit dem ersten den Sammeltitel »Lebenschicksale« erhalten haben. Es handelt sich um die Werke:

Erinnerungen eines Waisenknaben. Von ihm selbst erzählt. Mit Vorwort von Professor August Forel. Verlag von Ernst Reinhardt, München. 120 Seiten 8^o. Preis brosch. 1 Mk., elegant gebunden 1,80 Mk.

Eine Schrift, welche alle Eltern und vor allem die Lehrer lesen sollten, denn sie ist eine wahre Fundgrube von Beispielen, wie die Erziehung nicht sein soll. Kein Geringerer als Professor Forel hat das Buch mit einem Vorwort versehen und ist des Leses voll sowohl über den Inhalt als über die fein nuancierte Erzählungskunst des ungenannten Verfassers. Diesem Lobe wird sich jeder vorurteilsfreie Leser anschließen.

Ich suche meine Mutter. Die Jugendgeschichte eines »eingezahlten Kindes«. Diesem nacherzählt von Max Winter. Verlag von Ernst Reinhardt, München. 112 Seiten 8^o. Preis brosch. 1 Mk., elegant gebunden 1,80 Mk.

Zu Kaiser Josefs Zeiten müssen die Kindesmorde in Oesterreich einen so schrecklichen Umfang angenommen haben, daß auf ein besonderes Mittel gesonnen wurde, diese soziale Erscheinung zu bekämpfen. Die Mütter erhielten das Recht, vorausgesetzt, daß sie nur Geld hatten, in der Findelanstalt unter Maske zu entbinden; niemand durfte sie um Namen und Herkunft fragen und sie konnten

dem Kinde einen beliebigen Namen geben. Zahlten sie 300 Gulden, dann übernahm das Land Niederösterreich bis zum 10. Lebensjahre die Verpflegung des Kindes, und für weitere 40, später 60 Gulden konnten sie das Kind auch in die Wiener Heimatszuständigkeit einkaufen. Dann war der Magistrat vom 10. bis zum 14. Lebensjahre der Vater des Kindes. Ueber diese Zeit hinaus kümmerte sich niemand, aber schon absolut niemand um diese Enterbten der Enterbten. Sie konnten vergehen oder verderben, wie es das grausame Schicksal wollte. Vor kurzem erst wurde diese entsetzliche Uebung eingestellt; aber noch immer gibt es Hunderte, vielleicht Tausende von Kindern, die ihre Mutter sehnd suchen. Die wahrheitsgetreue Geschichte eines solchen Kindes gibt Max Winter in seiner packenden Darstellung auf Grund von Aufzeichnungen und persönlichen Ermittlungen. Wir sehen, wie sein ganzes Leben in der Suche nach seiner Mutter aufgeht, und wie noch jetzt der 33-jährige Mann hofft, durch diese Veröffentlichung zu seiner Mutter zu kommen.

Alle drei Bücher verdienen die größte Beachtung. Sie sind ernste und gute Geschenke für den Weihnachtstisch, und zwar sowohl für Erwachsene wie für unsre schulentlassene Jugend.



Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Das graphische Gewerbe in Amerika.

Die Arbeiterbewegung hat sich mit so viel wichtigen Problemen zu befassen, daß sehr leicht das eine oder andere zu kurz kommt. Eine Frage, die zu interessanten Diskussionen Veranlassung geben kann, ist ohne Zweifel die der Einwanderung.

In Europa brennt uns ja das Feuer nicht allzusehr auf den Nägeln, obgleich auch wir Berufe haben, die ganz entschieden unter dem unausgesetzten Zuzug aus Ländern mit anspruchsvoller Arbeiterbevölkerung leiden und deren Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dadurch erschwert werden.

Aber unsere Schwierigkeiten sind gering, verglichen mit denen der Amerikaner. Tagtäglich landen in New York und in anderen Häfen die Schiffskolosse und bringen Tausende von Leuten hinüber, die ihr Glück versuchen wollen. Es ist deshalb durchaus erklärlich, daß sich die amerikanischen Arbeiter sehr häufig mit der Einwanderungsfrage beschäftigen und es ist ja auch bekannt, daß Freunde der uneingeschränkten Einwanderung drüben sehr dünn gesät sind. Der internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in Stuttgart hat dabei gezeigt, daß es nicht allein die Gewerkschaftler, sondern auch die Sozialisten sind, die sich gegen den bedingungslosen Zutritt aller Nationen und Rassen wenden. Auch der amerikanische Sozialist Berger, der kürzlich in Berlin sprach, hat sich in diesem Sinne geäußert.

Selbst dem, der nur für kurze Zeit in Amerika ist, drängt sich die Erkenntnis auf, daß es furchtbar schwer sein muß, in diesem Völker- und Sprachendurcheinander für die Arbeitersache zu wirken.

Uns wurde mitgeteilt, daß in einer der Streikversammlungen in Mc Kees Rocks bei Pittsburg anläßlich des letzten großen Eisenarbeiterstreiks sechs Referenten in sechs verschiedenen Sprachen zu den Streikenden gesprochen hatten. Es stellte sich aber nachher heraus, daß 40 Sprachen notwendig gewesen wären, wenn die Redner sich an alle die Versammelten in ihrer Muttersprache hätten wenden wollen. Welche Schwierigkeiten türmen sich da auf? Nicht nur die Agitationsarbeit zur Gewinnung neuer Kämpfer, auch die Erhaltung der errungenen Vorteile ist in einem Maße erschwert, wie wir es nicht kennen. Das darf nicht aus dem Auge gelassen werden, wenn man die Stellung der amerikanischen Arbeiter zur Einwanderung betrachtet.

Daß die Einwanderungsgesetze beständig verschärft worden sind, ist bekannt und daß in den Händen dazu veranlagter Beamten die Anwendung der Gesetze zu den gemeinsten Schikanen ausarten kann, merken die Einwandernden tagtäglich. Namentlich die Bestim-

mungen, daß die Einwanderer nicht mit abstoßenden oder ansteckenden Krankheiten behaftet sein dürfen, und daß Arme, bei denen anzunehmen ist, daß sie dem Gemeinwesen zur Last fallen, nicht landen dürfen, haben zu wahren Brutalitäten geführt. Wenn bei den Kajütpassagieren auch die ärztliche Untersuchung mehr Formsache ist, denn sie erstreckt sich zunächst nur auf die Augen und dabei unverdächtig erscheinende Personen dürfen ohne weiteres passieren, so wirkt doch immerhin das eingehende Examinieren, das mit den freundlichen Worten: »Wie heißt Du?«, »Wohin willst Du?«, »Hast Du Geld?« beginnt, durchaus anders als einladend. Ganz selbstverständlich muß die Frage nach dem Geld nicht nur bejaht werden, sondern das Geld ist auch vorzuzeigen.

Die amerikanische Presse ist voll von Beschwerden, die von den Einwanderern vorgebracht werden. Daß dazu reichlich Ursache vorhanden ist, geht aus der verhältnismäßig hohen Zahl der Zurücksendungen hervor. Im Monat August wurden 522 Personen deportiert, d. h. sie durften nicht landen. Darunter waren nur 36 Personen, die wegen Krankheiten, früherer Strafen oder anderer Eigenschaften, die sie den Behörden als unerwünschte Bürger erscheinen ließen, abgeschoben wurden. Jedenfalls durften die übrigen 486 nicht ans Land, weil sie nicht genügend Bargeld aufweisen konnten.

Daß selbst das gemeinsame Reisen mehrerer Kollegen Verdacht erweckt, mußten auch zwei Lithographen merken, die ganz zufällig auf ein und demselben Schiff hinüber fuhren. Der Umstand allein, daß sie zusammen kamen, bewirkte, daß sie als Kontraktarbeiter betrachtet und, obgleich sie als Kajütpassagiere fuhren, auf Ellis-Eiland eine Zeitlang interniert wurden. Da der Verdacht völlig haltlos war, wurden sie schließlich frei gelassen. Die Frau eines anderen Kollegen, der mit Familie reiste, hatte einen etwas starken Leib, das war die Ursache die ganze Familie festzuhalten. Wir waren gerade in New York und da wir wußten, daß der Kollege angekommen war, versuchten wir ihn auf Ellis Eiland zu sprechen, was uns verweigert wurde. Nachdem die Untersuchung der Frau keine Ursache zur Deportation gegeben hatte, durfte die Familie aber nicht nach New York, wie sie zunächst beabsichtigte, sondern sie wurde zwangsweise — natürlich auf eigene Kosten — nach Chicago abgeschoben, weil beim Lösen der Schiffskarte dieser Ort als Reiseziel angegeben war. Sehr freundlich ist der Empfang in Amerika also nicht.

Die amerikanischen Gewerkschaften waren auf dem Stuttgarter Kongreß nicht vertreten, sie halten sich daher nicht an die dort angenommene Resolution gebunden. Die diesjährige Konvention in der Federation of Labor in Toronto wird sich aber mit der Einwanderungsfrage beschäftigen, es bleibt abzuwarten, wie sie sich dazu stellen wird.

Wir waren aber in einer Sitzung der Central-Federated-Union in New-York als Gast anwesend, in der sich die New Yorker Gewerkschaften sehr lebhaft mit derselben Frage beschäftigten und schließlich den Vorschlägen eines Komitees zustimmten, die auf folgendes hinausliefen:

Scharfe Inspektion und eventuell Deportation aller Verbrecher, Geistesgestörten und solchen gelerntten und ungelerten Arbeitern, welche zu keinem andern Zwecke hierherkämen, um in den Industriezentren sofort in einen schlimmen Wettbewerb mit den hiesigen Arbeitern zu treten.

Eingehende Maßnahmen, daß die Schiffsahrtsgesellschaften verhindert werden, diejenigen Personen, welche in Ellis Island zurückgewiesen wurden, auf Umwegen, sei es als Seeleute oder Schiffsangestellte, dennoch hineinzubugseln.

Bezüglich der Regel, daß jeder Einwanderer einen Geldbetrag von 25 £ vorzeigen müsse, erklärt das Komitee, daß der Zweck dieser Maßregel, ein Zulassfallen der öffentlichen Institutionen, dadurch keineswegs verhütet werde,

auch könnten Agenten und Importeure von Strikebrechern und Kontraktarbeitern diese Klausel sehr leicht umgehen; ebenso wenig sei die Massenzurücksendung empfehlenswert und solle solche nur vorgenommen werden nach eingehender Untersuchung durch fähige Beamte mit dem Recht einer Appellation des Betreffenden an den Sekretär für Handel und Arbeit, und sei, um dieses durchzuführen, eine Vermehrung der Beamten im Einwanderungs-Departement von Nöten und zwar in solcher Weise, daß auch eine geheime Ueberwachung der europäischen Häfen ermöglicht werde.

John Mitchell, der bekannte Arbeiterführer, formulierte, wie wir aus »Der deutsche Vorkämpfer« erfahren, andere Ideen zur Abänderung der Einwanderungsgesetze. Er brachte im »Outlook« folgende Vorschläge:

1) Abgesehen von allen bereits bestehenden Einwanderungsbeschränkungen soll die Kopfsteuer von 4 £ auf 10 £ erhöht;

2) von jedem Einwanderer soll ferner der Besitz von mindestens 25 £ in bar, außerdem ein ausreichend großer Barbetrag nachgewiesen werden, um dessen Reise an seinen Bestimmungsort zu bezahlen; endlich

3) soll jedem Einwanderer eine Bildungsprüfung auferlegt werden, wonach er imstande ist, einen Abschnitt aus der Konstitution der Vereinigten Staaten vorzulesen.

Diese Vorschläge laufen auf eine ganz erhebliche Verschärfung der Einwanderungsvorschriften hinaus.

Wir wollen aber auch hervorheben, daß in der erwähnten Sitzung der Central-Federated-Union auch ganz entschieden freie Einwanderung von verschiedenen Delegierten gefordert wurde und namentlich der Delegierte der Cigarrenmacher-Union betonte nachdrücklich, der beste Schutz gegen Lohndruck der Einwanderer sei, daß die Gewerkschaften ihre Türen aufmachten den Eintritt möglichst zu erleichtern, anstatt sich durch hohe Eintrittsgelder abzuschließen.

Die Gelben-Anpflanzung

wird bei der Firma Stengel & Co., Kunstanstalt O. m. b. H. in Dresden nach wie vor weiter betrieben. Doch ist auf diesem delikaten Gebiete jetzt nicht mehr allein der Direktor dieses Gelbgartens tätig, sondern zu seiner Unterstützung ist ein neuer Obergärtner angestellt namens Stramer, Leipziger Angedenkens, merkwürdigerweise mit einem m. Wie im vorigen Jahre in einem Artikel der »Graph. Presse« geschildert wurde, bemüht man sich dort mit größter Erfolglosigkeit, Keimlinge zu züchten, die in den Frankfurter Gelbgarten eingepflanzt werden sollen. Dem Direktor scheiterten die Versuche; hatten es doch sogar aus dem Verbandsangehörigen Akkordlithographen abgelehnt, sich in das gelbe Blumenbeet Frankfurts einstecken zu lassen. Schließlich fand sich doch in der Person eines jungen, unselbständigen Druckers eine Seele, die vor dem verderblichen Rot gerettet wurde und gutwillig die Frankfurter Farbe annahm. Nachdem bei ihm Schamgefühl und erwachende Selbständigkeit einen harten Kampf mit Aengstlichkeit und Schüchternheit geführt und die ersten gesiegt hatten, forderte er sein gelbes Mitgliedsbuch, das im Kontor aufbewahrt wurde. Leider bediente er sich dabei einer Unwahrheit, indem er dem Herrn Direktor gegenüber eine stattgehabe Werkstattversammlung ableugnete. Er wurde vom Sturm der Entrüstung zur Tür hinausgewedelt, erhielt am nächsten Tage sein gelbes Mitgliedsbuch und einige Tage später seine Kündigung. Seine Arbeit soll nicht gut gewesen sein; er war über ein Jahr da — hm!

Kürzlich wurde ein junger Gehilfe, der als Lehrling zwangsweise gelb sein mußte, ins Kontor gerufen, wo er gefragt wurde, ob er nicht im gelben Unterstützungsverein weiter bleiben wolle, es wäre für ihn aus Versehen bis Juni weitergesteuert worden. Der »Versehene« wollte nicht, da sollte er sich noch überlegen und bald erschien auch der neue Betriebsleiter Stramer: »Warum wollen Sie nicht im Unterstützungsverein bleiben? ... Na, das überlegen Sie sich nur erst noch, ich werde Sie später noch mal darüber fragen.«

Himmelallemwetter, muß man dort für Gelb eingenommen sein, wenn man an allen bisherigen Mißerfolgen noch nicht genug hat! Da kann man nur eine Empfehlung haben: Bewunderung über die große Einfalt, auf diese Weise die freie Arbeiterorganisation tot machen zu wollen.

Brief aus Zittau.

Wegen Maßregelung eines Kollegen sehen wir uns veranlaßt, der Kollegenschaft die Verhältnisse in der Firma Gebr. Güttler bekannt zu geben. Die Firma, die vor zirka 3 Jahren gegründet wurde, war von Anfang an ein Schmerzenskind, hauptsächlich in bezug auf die Löhne und die Arbeitszeit. Auch nahm sie nie unsere Arbeitsvermittlung in Anspruch, wie dies die anderen maßgebenden Geschäfte am Orte tun. Dieser Standpunkt war umso unerklärlicher, als beide Inhaber (Lithograph und Steindruck) vor ihrer Etablierung selbst Verbandsmitglieder waren, und als solche anständige Bezahlung und geregelte Arbeitsbedingungen auch für sich in Anspruch nahmen. Da jedoch bis vor kurzem meist Unorganisierte in der Firma beschäftigt waren (ob mit oder ohne Absicht, wollen wir dahingestellt sein lassen), konnten wir leider auf die Gestaltung der Verhältnisse keinen Einfluß ausüben.

Endlich gelang es doch, zwei organisierte Lithographen unterzubringen, die natürlich versuchten, auch die indifferenten Kollegen für den Verband zu gewinnen. Bei zwei Lithographen hatte die Agitation auch Erfolg, nur bei dem Maschinenmeister Robert Grohmann (Gastwirtssohn) scheiterte jeder Versuch, indem er vorgab, bald den Beruf an den »Nagelhängen« und das Geschäft seines Vaters übernehmen zu wollen. Weiter unten kommen wir auf Grohmann noch zurück.

Von seiten der Lithographen wurde nun die Firma ersucht, verschiedene Mißstände abzustellen. (Es war beispielsweise für das gesamte Personal kein Waschbecken vorhanden usw.) Diesen Wünschen kam man wohl oder übel auch nach, doch merkte man dabei deutlich die Absicht der Firma, den vermeintlichen »Rädelsführer« sobald als möglich an die Luft zu setzen, damit wieder »Ruhe« im Geschäft einkehre. Diese Tatsache wird am besten durch den Ausspruch des einen Inhabers: »Wer vom Verband uns Schwierigkeiten macht, fliegt!« bekräftigt. — Da man nun aber den betreffenden Kollegen in bezug auf Arbeiten nichts am Zeuge flicken konnte, mußte ein günstiger Zeitpunkt abgewartet werden, der sich endlich auch durch Veranlassung des obengenannten Gr. fand. Somit wurde dem organisierten Kollegen gekündigt.

Auf Grund dessen sah sich die Verwaltung veranlaßt, bei der Firma vorstellig zu werden zwecks Zurücknahme der Kündigung. Diese Verhandlung verlief jedoch resultatlos. Auf keinen Fall wollte sie zugeben, daß die erfolgte Kündigung als Maßregelung aufzulassen sei, vielmehr suchte sie uns durch fadenscheinige Gründe vom Gegenteil zu überzeugen. (Jedenfalls wurde sich die Firma bewußt, welche Konsequenzen durch eine Maßregelung für uns entstanden.) Weiter zeigte es sich bei der Verhandlung, daß wir den Auchkollegen Gr. richtig eingeschätzt hatten, denn die rührende Inanspruchnahme, die beide Unternehmer für Gr. an den Tag legten, bestärkte uns in der Annahme, daß beide Teile sich ausgezeichnet verstehen.

In unserer letzten Versammlung, in der über die Angelegenheit der Firma Güttler berichtet wurde, stellte man die Kündigung als Maßregelung fest, und die Verwaltung wurde beauftragt, weitere Maßnahmen zu treffen. Wir werden den Kampf, den uns die Firma aufgezwungen hat, aufnehmen, bis sie sich veranlaßt sieht, einen anderen Standpunkt gegenüber dem Verband einzunehmen.

Stellungsuchende Kollegen jedoch fordern wir auf, vor Annahme eines Engagements sich unter allen Umständen Auskunft einzuholen.

In der Privatklagesache

der Herren Redakteure der Neuen Bayerischen Landeszeitung in Würzburg Memminger, Thomas und Dr. August Memminger, Privatkläger vertreten durch Rechtsanwalt Kriener in Würzburg gegen den Redakteur der »Graphischen Presse« in Friedrichshagen-Berlin, Paul Barthel, Privatbeklagten, wegen Beleidigung kam in der heutigen Hauptverhandlung vor Eintritt in die Beweiserhebung folgender gerichtlicher Vergleich zustande:

1. Der Privatbeklagte erklärt, daß er bei Aufnahme des fraglichen Artikels die Neue Bayerische Landeszeitung in Würzburg überhaupt nicht gekannt habe, daß er sich vielmehr in der Zwischenzeit überzeugt habe, daß die Bezeichnung eines Revolverblättchen ersten Ranges der neuen Bayr. Landeszeitung überhaupt nicht zukomme, daß er diesen letzteren Ausdruck nicht gebraucht haben würde, falls er gewußt hätte, daß unter dem im fraglichen Artikel bezeichneten Blatte die Neue Bayerische Landeszeitung in Würzburg gemeint sein könne.
2. Der Privatbeklagte trägt die sämtlichen Kosten des Verfahrens und die den beiden Herren Privatklägern entstandenen notwendigen Auslagen.
3. Dieser Vergleich soll einmal in der »Neuen Bayr. Landeszeitung« und einmal in der »Graphischen Presse« auf Kosten des Privatbeklagten öffentlich bekannt gegeben werden.
4. Privatklage mit Strafantrag wird zurückgezogen.

Würzburg, den 2. Dezember 1909.

Der Vertreter der Privatkläger:
Kriener, Rechtsanwalt.

Ortsberichte.

Hanau a. M. Am 20. November hielt die hiesige Zahlstelle in Klein-Steinheim a. M. eine Versammlung ab, in der Genosse Stadtverordneter Salomon-Hanau einen Vortrag über das Thema: „Die christlichen und die freien Gewerkschaften“ hielt. Der Referent erläuterte in leichtverständlicher Weise die Gegensätze der christlichen zur freien Gewerkschaftsbewegung und kam auch auf die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine und ihre Zersplitterungsversuche gegenüber der Arbeiterklasse zu sprechen. Sodann stellte er die Errungenschaften der freien Gewerkschaften, ihre Größe und Bedeutung im wirtschaftlichen Leben den gegnerischen Gewerkschaften gegenüber und behandelte speziell unseren Verband und seine Machtstellung im graphischen Gewerbe. In seinen weiteren Ausführungen streifte er den christlichen graphischen Verband. Dieses Miniaturverbändchen hatte vor Kurzem durch das christliche Gewerkschaftskartell Groß-Steinheim eine Zusammenkunft von Lithographen und Steindruckern einberufen und dazu auch einen Teil unserer Mitglieder eingeladen zwecks Gewinnung neuer Mitglieder. Allerdings hatten nur ganze drei Mann diesem Rufe Folge geleistet, denn die Mehrzahl war sich schon im Voraus der Bedeutungslosigkeit dieses Verbändchens bewußt und hatte der Einladung keine Beachtung geschenkt. Redner gab nun der Versammlung einen Ueberblick über diesen christlichen graphischen Verband. Man kann nur lächeln über den dreisten Versuch, dem starken Senefelder-Bund die Mitglieder abspenstig machen zu wollen. Der Vortragende schloß mit der Aufforderung, die Versammelten möchten jederzeit treu zu ihrer Organisation halten, denn sie allein ist das festeste Bollwerk gegen Verschlechterungen unserer Berufsfrage. Reicher Beifall lohnte dem Referenten. In der Diskussion erklärten sich alle Redner voll und ganz mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; man wünschte, daß öfter in Steinheim eine Versammlung für die verschiedenen Ortschaften der Mitgliedschaft Hanau abgehalten werden möchte. Die heute Anwesenden wollen für einen vollzähligen Besuch Sorge tragen.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schnotter, Hannover.

Ueble Gewohnheiten.

Es ist kein Diebstahl, wenn ein Lithograph einige Abdrücke von seinen Arbeiten an sich nimmt, so entschied kürzlich das Gewerbegericht in Würzburg in einer Streitsache, in der ein Lithograph des Diebstahls bezichtigt war, weil er sich Musterdrucke ohne Wissen seines Unternehmers angeeignet hatte. Diesen Entscheid stützte das Gewerbegericht auf das Gutachten eines Sachverständigen. In der Urteilsbegründung wird nämlich gesagt, daß das Gericht in der eigenmächtigen Ansichtnahme von Abdrücken die Voraussetzungen des Diebstahls deshalb nicht als gegeben erachtet habe, weil nach dem Gutachten des Sachverständigen F. im Lithographengewerbe ein Usus, besser gesagt Abusus vorliege, wonach ein oder zwei Andrucke mitgenommen werden dürfen.

Dieses Erkenntnis ist für uns sehr erfreulich! Wird doch darin von Gerichtseite einmal klar und deutlich ausgesprochen, welche Rechte uns in der Musterangelegenheit zustehen. Gegenüber den antisozialen Wühlerreihen gewisser Leute kommt uns dieser Rechtsanspruch jetzt auch sehr gelegen.

Es wäre aber verkehrt, wollte man annehmen, daß nun, nachdem solches Urteil gefällt worden ist, die uns übelgesinnten Unternehmer davon absehen, Kollegen wegen des Mustersammelns mit Diebstahlsanklagen zu verfolgen. Die Äußerungen im Organ unsrer Scharfmacher deuten wenigstens nicht darauf hin. Unser Doktor für Scharfmacherei giftet sich dort nämlich mächtig wegen des erwähnten Gewerbegerichtserkenntnisses. Er sagt, derartigen Anschauungen, wie sie in dem Urteil zum Ausdruck kommen, müsse ganz entschieden entgegengetreten werden. Wenn solche Anschauungen weiter Platz griffen, dann wären die Konsequenzen gar nicht zu übersehen.

Leider hat das Würzburger Gewerbegericht durch eine unangebrachte Redewendung in seiner Urteilsbegründung diesem Scharfmachertum einen neuen Anreiz zu seinem gemeingefährlichen Vorgehen gegeben. Bei der Wiedergabe der Aussage des Sachverständigen gebraucht es das Wort *Abusus* (Mißbrauch). Das geschah wohl nur in der Absicht, dem klagenden Unternehmer den abweisenden Bescheid etwas zu versüßen. In dieser Äußerung will jedoch das Scharfmachertum das Zugeständnis erkennen, daß es ein Recht zu seinem Treiben habe. Unser Doktor schlachtet dieses Trostwort darum auch weidlich für seine unsaubere Sache im Stein-

druckgewerbe aus. Er meint: „Man möchte es fast eine tragische Ironie nennen, daß die Begründung des Gewerbegerichtsurteils selbst von einem „Abusus“ spricht. . . Ein allgemeiner Usus könnte nur dann angenommen werden, wenn die Prinzipale sich mit der Wegnahme der Andrucke einverstanden erklären würden.“ (Dabei verbricht dieser Mann mit dem Doktorhut wieder verschiedene gräßliche Sprachumheiten. So müßte zum Beispiel der letzte Nebensatz bei gutem Deutsch so lauten: wenn sich die Prinzipale mit der Wegnahme der Andrucke einverstanden erklärten. Das Fürwort sich gehört in diesem Nebensatz unmittelbar hinter das erste Wort, und das Verb des Satzes hat nicht im Konditionalis würde mit dem Infinitiv, sondern im Konjunktiv des Imperfekts zu stehen!) —

Wir sehen also, daß diese Unternehmer mit einem wahren Fanatismus in unserm Berufe die Meinung zu verallgemeinern suchen, daß das Ansichnehmen von Musterdrucken als Diebstahl aufzufassen sei. Daraus wäre nun zu schließen, daß diese Herren sehr für den Schutz jedes Eigentums eingemommen seien, daß sie Mein und Dein immer recht gut auseinander zu halten wüßten und daß sie Treu und Redlichkeit stets für die besten Eigenschaften hielten. Wer solchen Schluß daraus zöge, der irrte sich aber ganz gewaltig! Das ganze sonstige Verhalten dieser Unternehmer spricht solcher Annahme entgegen.

Die Abdrücke, die sich Kollegen zu Musterzwecken aneignen, sind für die Unternehmer meist nur wertlose Makulatur. In all den Prozessen, die bisher gegen Kollegen wegen solcher Handlung angestrengt worden sind, müßte dies auch von den klagenden Unternehmern zugegeben werden.

Dagegen sind derartige Musterdrucke für den Lithographen stets sehr große Wertobjekte, Wertobjekte, für die ihm bei ihrem Verluste nur in den seltensten Fällen eine genügende Entschädigung in Geld geleistet werden kann. Hängt doch, wie wir bereits nachgewiesen haben, von dem Besitze solcher Muster geradezu sein ganzes berufliches Fortkommen ab.

In Berücksichtigung dieser Tatsache, daß einzelne Drucke für den Unternehmer fast gar keinen, aber für den Arbeiter, der solche als Muster braucht, sehr großen Wert haben, erscheint einem das Gebahren, das gewisse Unternehmer in der Musterangelegenheit an den Tag legen, doch recht eigenartig. Von Rechtlichkeit und Redlichkeit ist dabei garnichts zu merken! Dies ist um so auffälliger, weil diese Herren doch immer so sehr solche Prinzipien herausstecken.

Nimmt einmal ein Kollege einige wertlose Drucke eigenmächtig an sich, so erheben diese Leute gleich ein gar mörderisches Geschrei über diesen „frechen Diebstahl“, und sie bieten sofort den Staatsanwalt auf, damit diese Ruchlosigkeit mit Gefängnisstrafen gesühnt werde. So empfindlich sind diese Herren, wenn sie ihr heiliges Eigentum geschmälert sehen und sei es nur um eine Lappalie. Dabei nehmen es in der Regel gerade diese Leute nicht sehr genau, wenn es gilt, fremdes Eigentum zu respektieren, und möge es sich um noch so große Werte handeln!

In dieser Beziehung hat schon mancher Kollege recht schlimme Erfahrungen genossen. Wie gewisse Unternehmer oft mit den einverlangten Musterdrucken umgehen, das ist garnicht zu beschreiben. Es ist nicht möglich, die üblen Gewohnheiten, die diese Leute dabei offenbaren, alle aufzuzählen. Daß man seine Muster beschädigt und beschmutzt, schlecht verpackt und ungenügend oder garnicht frankiert zurück erhält, gehört nicht zu den Seltenheiten. Mit diesen Unsorgsamkeiten und Unsauberkeiten könnte sich aber noch mancher Kollege abfinden, wenn er nur immer seine Muster zur rechten Zeit wieder zurück erhielte. Wie oft bedarf es aber erst vieler energischer Mahnungen, um sein Eigentum überhaupt wieder nach langer Zeit ausgeliefert zu bekommen. Und nicht wenige Kollegen sind es, denen selbst solche Mahnungen keinen Erfolg gebracht haben: sie hatten trotz der vielen dafür aufgewendeten Geldkosten den Verlust ihres Eigentums zu beklagen.

Wie viele Kollegen sind wohl schon durch dieses unehrliche Treiben gewisser Unternehmer in ihrem Fortkommen geschädigt worden! Es ist daher an der Zeit, daß einmal gegen diesen Unfug energisch Front gemacht wird! Wir dürfen nicht länger mehr zusehen, daß Kollegen in dieser Weise frivol benachteiligt werden!

Natürlich ist gegen diese Unsitten wieder nur mit der Selbsthilfe etwas auszurichten. Wir müssen in Zukunft jeden einzelnen Fall hier unnachsichtlich an den Pranger stellen. Die Kollegen, die sich vor Schaden bewahren wollen, müssen eben dann da-

von abschen, an solche Firmen, die Muster schändet oder gar unterschlägt, ihre Arbeiten einzusenden!

Bezeichnender Weise gehen zumeist die Unternehmer so übel mit unserm Eigentum um, die jeden Kollegen ins Gefängnis bringen möchten, der ohne ihr Vorwissen seine Mustersammlung vermehrt. Darum kann es für uns gar kein Bedenken dagegen geben, gegenüber diesen Berufsschändern eine Mustersperre strikte durchzuführen!

Der Steindruck.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Aus den Sektionen.

Karlsruhe. Einer früher gegebenen Anregung zufolge betätigte sich unsere letzte Mitgliederversammlung mit dem Thema: „Wege und Ziele zur Wahrung der Berufsinteressen im Steindruckgewerbe“, zu dem unser Vorsitzender Kollege Rothweiler das einleitende Referat übernommen hatte. Er knüpfte zunächst an die vor einiger Zeit von Leipzig ausgegangene Anregung zur Einberufung einer Maschinenmeisterkonferenz an, bei der sich die Leipziger Kollegen zweifellos von dem Gedanken leiten ließen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse im Steindruck es fordern, einmal eine gründliche Aussprache zur Besprechung wichtiger Berufsfragen herbeizuführen und Stellung zu den Mißständen zu nehmen, die im Laufe der Zeit in der Arbeitsweise der Steindrucker eingerissen sind. Früher schon habe er (Referent) die Frage: „Was uns nützt“ in der „Graph. Presse“ aufgerollt und zur Diskussion gestellt und das Echo, das hierauf gefolgt sei, habe bewiesen, welch großes Interesse man der Sache entgegenbringe. Trotzdem müsse man aber bei Beantwortung der Frage, ob eine solche Konferenz jetzt notwendig sei, zu einem entschiedenen Nein gelangen. Nicht etwa deshalb, weil das Verlangen nach einer solchen nicht berechtigt sei, solle man hiervon absehen, sondern im Hinblick auf die gegenwärtige finanzielle Gestaltung unserer Kassenverhältnisse, die eine solche Ausgabe jetzt nicht rechtfertigen. Zudem stünde ja die im nächsten Jahre stattfindende Generalversammlung des Verbandes bevor und im Anschluß an diese könnte die Gelegenheit ergriffen werden, ähnlich wie dies bei der Lithographenkonferenz der Fall war, eine solche der Steindrucker abzuhalten. So wie die Verhältnisse in unserem Verbands jetzt lägen, sei man in Steindruckerkreisen — und dies nicht ganz mit Unrecht — der Meinung, daß die Interessen der Steindrucker nicht mehr mit dem genügenden Nachdruck vertreten würden. Es sei dies auch ohne weiteres erklärlich, wenn man bedenke, wie sich unsere Organisation durch den Anschluß der verschiedenen Berufsgruppen bedeutend vergrößert habe und so eine erhöhte Aufmerksamkeit den Spezialfragen gegenüber nicht mehr vorhanden sein könne. Die anderen Sparten des Verbandes hätten diesen Mißstand längst erkannt und sich eine eigene Interessenvertretung in ihren Zentralkommissionen geschaffen, die gerade den Steindruckern leider noch mangle. Allerdings müsse auch gesagt werden, daß die Drucker es vielfach selbst an genügender Wahrung ihrer Interessen fehlen ließen, was auch in der überaus dürftigen Mitarbeit im Steindruckerteil der „Graph. Presse“ seinen beredten Ausdruck finde. Weil wir eben sehen, daß es überall fehlt, deshalb müsse eingegriffen werden, um ein frisch pulsierendes Leben zu schaffen, das uns über die geistige Untätigkeit und praktische Unfruchtbarkeit hinweghebe. Unsre zahlenmäßige Stärke müßte mehr ausgenutzt werden, um vor allem die Krebschäden auszumerzen, die sich als offene Wunden im täglichen Erwerbs- und Berufsleben zeigen. Man solle die Berufs- und Organisationsfragen ausgiebiger erörtern; vor allen Dingen gelte es, Klarheit über unsere nächsten Aufgaben zu schaffen. Hierzu sei die Sammlung aller Kräfte notwendig, um diesen Zukunftsaufgaben gerecht zu werden. Die wirtschaftlichen und organisatorischen Vorgänge im Berufe müssen einmal durch gründliche Sammlung und Prüfung des einschlägigen Materiales untersucht und in aller Öffentlichkeit besprochen werden, damit ein Hinweis für die Kollegenkreise gegeben ist, wo und wie einzusetzen ist, um den verschiedensten beruflichen Mißständen, die vom Referenten eingehend besprochen werden, in ihrer krebsartigen Wucherung Einhalt zu gebieten. Insbesondere aber gelte es, die Entwicklung des Berufes aufmerksam zu verfolgen, die durch den Einfluß der photomechanischen Verfahren, die Einführung des Zinkdrucks und der Rotationsmaschine ganz rapide Fortschritte mache und vollständige Umwälzungen im Gefolge habe. Wir sollten uns dieser Entwicklung nicht etwa entgegenstellen, sondern sie als einen technischen Fortschritt zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit unseres Berufes begrüßen. Dagegen müßten wir es als unsere Aufgabe betrachten, die Wirkungen dieser Umwälzungen zu verfolgen, in Hinsicht auf sich zeigende Schädigungen in der Ausnützung der Arbeitskraft, und solche beizeiten bekämpfen. Volle Aufmerksamkeit verdiene auch das in immer raffinierterer Weise Platz greifende System der weit-

gehendsten Arbeitsteilung, das, unterstützt durch die rücksichtsloseste Antreiberei, auf erhöhte Ausbeutung der Arbeitskraft und Steigerung des Profits hinausläuft und sich hauptsächlich in der Ausbildung der Lehrlinge als großer Schädling zeigt und damit drückend auf die Lohnverhältnisse wirkt. Ein ebensolches Schmerzenskind bedeute für die Maschinenmeister die trotz immer größeren Formats der Maschinen sich steigende Tagesleistung, die bis ins ungemessene hinaufgeschraubt wird. Dann die Schädigungen, die uns durch die amerikanische Schutzzoll- und die deutsche Steuergesetzgebung erwachsen und ein stehendes Heer unzähliger Kollegen schaffen! Sei es da nicht an der Zeit, dieser Ueberproduktion an Arbeitskräften ein weiteres Halt zu gebieten und weiter durch Herabsetzung der Arbeitszeit mehr Arbeitsgelegenheit zu schaffen? Jedenfalls müsse diese Frage einmal ausgiebig ventiliert und forziert werden, denn es dürfte wohl niemand behaupten wollen, daß die 9stündige Arbeitszeit für die Steindruckerei auf ewig konserviert werden müßte. Wie man also sehe, harre Arbeit in Hülle und Fülle. Es sei deshalb Aufgabe einer gemeinsam mit der Hamburger Generalversammlung einzuberufenden Steindruckerkonferenz, hier durch eine engere Aussprache Mittel und Wege zu finden, die eine Hebung der Berufsfrage der Steindruckerei gewährleisten. — An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine eingehende Diskussion, die im Sinne des Referats gehalten war. Es wurde beschlossen, einen Bericht hierüber in der „Graph. Presse“ zu veröffentlichen, um die Gesamtkollegenenschaft zu einer Diskussion dieser Frage anzuregen. — Im weiteren wurde in der Versammlung verschiedentlich darüber geklagt, daß durchreisende Kollegen unter Umgehung des Arbeitsnachweises die Buden abklappern und so die Löhne in einzelnen Fällen bis zu 7 Mk. heruntergedrückt wurden. Es wird hiermit im eigenen Interesse der Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß in Zukunft mit aller Strenge gegen solche Verfehlungen vorgegangen werden muß.

Die Tapetenbranche

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.
Arbeitsnachweisleiter: C. Schubart, Berlin N. 20,
Badstraße 26.

Der Streik in Bramsche beendet.

Der 9wöchentliche Kampf ist beendet, am Donnerstag den 25. November wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Nach 5tägigen Verhandlungen vor dem Bürgermeister kam ein Abschluß auf folgender Grundlage zu stande:

1. Der Ueberschuß für Ueberrollen ist auf alle Arbeiter gleichmäßig zu verteilen. (Dadurch ist das von der Firma eingeführte Prämiensystem aufgehoben. Es können nicht mehr einzelne Arbeiter durch gute Partien bevorzugt, und dadurch die Arbeiter gegen einander ausgespielt werden.)
2. Die Drucker erhalten eine Arbeitszeit-Verkürzung von pro Woche 1½ Stunde.
3. Das bestehende rigorose Strafsystem wird den Forderungen der Streikenden entsprechend geändert.
4. Ein Teil der Streikenden erhält eine Lohnzulage von 60 Pf. wöchentlich.

Der Verlauf, wie auch der Abschluß des Kampfes geben Veranlassung zu Betrachtungen. Festgestellt muß werden, daß die landrätliche Behörde in einseitiger Weise zugunsten der Unternehmer eingegriffen hat. Nicht nur wurde ein großes Aufgebot von Gendarmen, das abends teilweise in Zivilkleidung (warum?) Dienst tat, herangezogen, obwohl ein Bedürfnis hierfür nicht vorlag, sondern am 18. November wurde vom Landrat eine neue Polizeiverordnung erlassen, obwohl der Magistrat wie auch das Bürgervorsteher-Kollegium, die vor Erlaß einer derartigen Polizeiverordnung gehört werden müssen, ihre Zustimmung mit der Begründung ablehnten, diese Polizeiverordnung würde unbedingt als gegen die streikenden Tapetenarbeiter erlassen angesehen werden. Die Arbeitswilligen wurden mit Revolvern ausgerüstet. Bei den von diesen Elementen veranstalteten Schießübungen wurde das Leben der Streikposten durch abgegebene Schüsse ernstlich bedroht. Trotz des großen Gendarmenaufgebots ließ sich durch die Behörde über diese Schießübungen nichts Positives feststellen; man nahm vielmehr an, die Arbeitswilligen hätten auf ihre eigenen Kameraden geschossen. Wunderbare Logik! Zum Schluß wurde dann das Streikpostenstehen verboten. Welche Verbrechen waren geschehen, um all diese Anordnungen zu rechtfertigen? Ein Streikender war zu 40 Mk. Strafe verurteilt wegen — Beleidigung von Arbeitswilligen. Zwei Streikende sollen sich den Anordnungen der Gendarmen nicht gefügt und die freche Behauptung aufgestellt haben, »sie hätten ein Recht, Streikposten zu stehen.« (Leider ist dieses ein gesetzliches Recht!) Erfolg je 10 Mk. Strafe. Ob in Bonn in bezug auf die Ausschreitungen des »feudalsten aller feudalen Korps« auch neue Polizeiverordnungen erlassen wurden? Oder ist dieses nur notwendig gegenüber streikenden Tapetenleuten, die für die Verbesserung ihrer elenden wirtschaftlichen Lage (2,88 Mk. Durchschnittslohn inkl. Ueberstunden für über 21 Jahre alte männliche Arbeiter) kämpfen.

Wenn obiges alltägliche Fälle sind, so ist zu verzeichnen, daß die Kampfesweise des beteiligten christlich-nationalen Verbandes — doch eine neue Seite zeitigte. Wie schon hier mitgeteilt wurde, hatten sich die christlichen Brüder dem Streik aus Furcht vor Drangsalierungen durch die Streikenden angeschlossen. Dieses Dokument »christlicher Kampfesweise« ist nach Angabe der Firma vom »Gauleiter« des christlichen Verbandes verfaßt und wurde mit den Unterschriften der Christen versehen der Firma überreicht. Nur der Vertrauensmann hatte seine Unterschrift nicht gegeben; er wollte seine unschätzbaren Kräfte der Firma als »Arbeitswilliger« erhalten. Infolge dieser großartigen diplomatischen Leistung entsandte dann auch der christliche Verband diesen Herrn, Schreck mit Namen, als seinen Vertreter zu den Einigungsverhandlungen vor dem Bürgermeister. Ein **Arbeitswilliger als Vertreter des christlichen Verbandes bei Streikverhandlungen** ist ein Ding aus dem Tollhause, leider aber wahr. Aus diesen Tatsachen lassen sich dann auch Schlüsse ziehen, wie die christlichen Vertreter ihre Kollegen bei den Verhandlungen ver-treten haben. Ohne weiteres wurde erklärt: das Ergebnis der Verhandlung ist für die Mitglieder des christlichen Verbandes maßgebend. Da durch diese Handlungsweise der »Christlichen« eine einheitliche Durchführung des Kampfes nicht mehr möglich war, beschloßen die Streikenden nach eingehender Debatte, dem Ergebnis der Verhandlungen zuzustimmen, obwohl sie mit dem Erreichten durchaus nicht voll einverstanden waren.

Die Arbeiter der Tapetenfabrik werden aber aus diesen Verhältnissen gelernt haben, wer ihre Interessen und Rechte tatsächlich vertritt. Sie werden durch Ausbau ihrer Organisationen bei nächster Gelegenheit zu erreichen suchen, was unter den jetzigen Verhältnissen nicht erreicht wurde, trotz der »Christlichen«, trotz Gendarmenaufgebot und Polizeiverordnungen.

G. Br.

Brief aus Lüneburg.

Nachdem alle Versuche, die Arbeitswilligen zum Niederlegen der Arbeit zu bewegen, erfolglos waren, sahen sich die Streikenden veranlaßt, den Streik für beendet zu erklären.

Ein harter Kampf liegt hinter uns. Wenn wir auch dieses Mal noch die Unterlegenen sind, so hat uns die ganze Bewegung doch gezeigt, daß die Verhältnisse sich bei den Tapetendruckern gegen früher, gewaltig geändert haben. An diesem Kampfe sehen wir, daß die Tapetendruckern gelernt haben, wirtschaftliche Kämpfe zu führen, und es wird nur eine Frage der Zeit sein, bis es auch diesen Kapitalisten endlich klar wird, daß die Arbeiter ein Recht darauf haben, bei Festsetzungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wort mitzureden.

Wenn Enckhausen nun, nachdem der Kampf beendet ist, nachrechnet, was er gekostet hat, so wird er wie schon so mancher Unternehmer sich sagen: hätte ich den Arbeitern gleich die geringen Forderungen bewilligt, wäre ich weit besser dabei gefahren. Wir wollen die Hoffnung daran knüpfen, daß Herr Enckhausen das nächste Mal klüger ist und es nicht erst zum Kampfe kommen läßt.

Unsere übrigen noch im Kampfe stehenden Kollegen möchten wir zurufen: haltet fest zusammen, damit es uns bald gelingt, bessere Zustände in unserem Berufe zu schaffen. So bald die Zeit gekommen ist, werden auch wir wieder auf dem Kampfplatz erscheinen und nicht ruhen, bis es uns gelungen ist, die Unternehmer zur Anerkennung unserer bescheidenen Forderungen zu zwingen.

Aus den Sektionen.

Eilenburg. In unserer Versammlung vom 17. November hielt Kollege Kupfer-Leipzig ein Referat über »Unsere Unternehmerverbände und deren Begleiterscheinungen«. Er sprach eingehend die Entwicklung der »Tiag«, gegen die z. Zt. die Kollegen mehrerer Orte im Felde stehen. Sodann führte er den Anwesenden die traurigen Verhältnisse der Tapeten- und Wachstuchdrucker vor Augen und wies nach, daß auch die Lage der Formstecher außerordentlich schlecht ist. Auch in Eilenburg lassen die Berufsverhältnisse alles zu wünschen übrig. Von 27 Formstechern sind nur 15 organisiert. Die Zahl der Lehrlinge beläuft sich auf 18. Besonders glänzen die Firmen Bulier und Matthias von jeher in bezug auf Lehrlingszucht. Herr Tormann, der sich erst vor 2 Jahren selbständig machte, arbeitet ohne Gehilfen, nur mit Lehrlingen und will sogar noch mehr einstellen! In der Firma Vörkel sind Lohnabzüge an der Tagesordnung; da er eine Anzahl Unorganisierte zur Seite hat, konnte bis jetzt wenig dagegen gemacht werden. Bekommt mal ein Kollege, der besonders Hervorragendes leistet, Zulage, so sind es meist nur ½ oder 1 Pf. Wir möchten es den auswärtigen Kollegen an's Herz legen, Herrn Vörkel nicht mit Offerten zu überhäufen, da er sich den Verbandskollegen gegenüber damit brüstet, wie sich die Formstecher um eine Stellung bei ihm reifen. Ebenso ist es mit den Firmen Bulier und Matthias, was auf ein intimes Zusammenwirken dieser drei Unternehmer hinweist. — Zum Schluß ermahnte der Bezirksvorsitzende Kollege Pfeiffer-Leipzig die Kollegen zu regster Werbe- und Aufklärungsarbeit unter den

Unorganisierten, um bald in die Lage zu kommen, gegen einen weiteren Druck auf die Verhältnisse durch dieses Unternehmertum energisch Front zu machen.

Leipzig. Die Novemberversammlung sollte durch einen Vortrag des Kollegen Köhler über »Die Legende der Befreiungskriege« interessant gestaltet werden, doch leider mußte das Referat des schwachen Besuchs wegen auf die nächste Versammlung verlegt werden. Das Verhalten einiger Kollegen, die sich mit Heimarbeit beschäftigen, kam zur Sprache. Die Meinung über diese Angelegenheit brachten die Anwesenden in folgender einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck: »Die Versammlung nimmt Stellung zur Angelegenheit einiger hiesiger Kollegen, Heimarbeit betreffend, und verurteilt entschieden deren Haltung. Für die Folge behält sich im Wiederholungsfalle die Verwaltung weitere Beschlüsse vor.« Den streikenden Kollegen in Lüneburg, Bramsche und Köln wurde vollste Anerkennung gezollt und empfohlen, sie in ihrem Kampfe durch stricktes Verweigern von Streikarbeit zu unterstützen.

Leipzig-Zweinfurth. Der Streik der Wachstuchdrucker in der Firma Alexander Schumann ist beendet; sämtliche Streikende haben die Arbeit wieder aufgenommen. Es war ein harter Kampf, aber er wurde durchgeführt. Unerschütterlich standen die Beteiligten nicht nur während der Einleitung der Bewegung, sondern auch in den 7½ Wochen des Streiks. Wären nicht einige nützliche Elemente stehen geblieben, der Konflikt hätte nicht so lange dauern können. Jetzt aber haben diese Biedermänner mit geerntet, wo sie selbst die Saat verhindern wollten. Wohl konnten diese Leute die Sache aufhalten, sie zu verhindern langte die Arbeitswilligkeit aber doch nicht aus. Lediglich dem treuen Zusammenhalt der Streikenden ist es zu danken, daß die schlimmsten Mißstände nunmehr beseitigt und der Akkordlohn schätzungsweise durchschnittlich eine 10–15 prozentige Erhöhung erfahren hat. Eine genaue Ermittlung der Lohnerhöhung läßt sich erst feststellen, wenn einige Zeit verflissen ist. Denn bei der großen Zahl der Positionen und der ungleichmäßigen Erhöhung wird sich der genaue Effekt erst durch die Praxis herausstellen. Eins aber ist wesentlich: durch den Streik ist in der Hauptsache erreicht, daß die Anzahl der Farben und auch das Format für die Bezahlung maßgebend ist. Vorher war es, wie wir schon berichteten, nicht der Fall. Schmiermuster und Lasurdruck finden jetzt ebenfalls Berücksichtigung. — So könnten wir denn mit dem Erreichten uns vorläufig zufrieden geben. Verhältnisse und Einrichtungen, die sich wie eine ewige Krankheit forterbten, lassen sich eben nicht mit einem Male beseitigen. Der Zusammenhalt der Arbeiter bürgt dafür, daß Schmälerungen nicht eintreten und die Weiterentwicklung der Sache gewährleistet ist. — Die Beilegung des Streiks wurde dadurch ermöglicht, daß auf Grund einer von der Firma ausgearbeiteten Lohnabelle eine Einigung erzielt wurde. Wir empfehlen nun den Wachstuchdruckern anderwärts, sich ebenfalls um die Verbesserung ihrer wahrhaftig nicht glänzenden Lage zu mühen. Dazu stehen wir jederzeit mit unsern Erfahrungen in diesem Kampfe zu Diensten.

Magdeburg. Die Ortsverwaltung hatte zum Bußtag (17. November) alle in den drei Fabriken Eggers, Kämpfe und Schönebeck beschäftigten Tapetendruckern, Farbmischern und Formstechern zu einer Versammlung eingeladen. Erschienen waren leider die Unorganisierten und auch einige erst kürzlich für den Fabrikarbeiterverband Gewonnene nicht. Der Referent, Kollege Weykopf-Berlin schilderte die Ursachen und den bisherigen Verlauf der Lohnbewegungen in der Tapeten- und Wachstuchbranche, die Schwierigkeit der Agitation unter den betreffenden Kollegen und weiter die Verhandlungen mit den Fabrikarbeitern bezüglich der Agitation unter den für uns in Betracht kommenden Kollegen. Leider seien diese Verhandlungen nicht so zum Abschluß gekommen, wie es im Interesse einer einheitlichen Organisation aller Kollegen wünschenswert gewesen wäre. Die in dem Artikel »Ein Vorschlag« angeregte Konferenz sei jetzt mitten im Kampfe nicht zu empfehlen, wohl aber sei jetzt die beste Zeit, durch persönliche Agitation die Indifferenten für den Verband zu gewinnen. In der Debatte kam zum Ausdruck, daß durch gute Behandlung und Heranbildung der Jugendlichen die beste Gewähr für ein späteres gutes Zusammenarbeiten gegeben sei. Bezüglich der Verschiebung der Konferenz auf später wird dem Referenten zugestimmt. Beschlössen wurde, öfter solche Zusammenkünfte zu veranstalten. Nur durch eine einheitliche Organisation und festes Zusammenstehen können wir zum Ziele gelangen. Da ist es notwendig, daß jeder einzelne Kollege seine Schuldigkeit tut, um die Fernstehenden noch für den Senefelderbund zu gewinnen.

Feuilleton.

Reisebriefe aus Amerika.

(Fortsetzung.)

Washington, 24. IX. 09.

Uff! Endlich!
Müde und abgespannt schieben wir unsere steilen Knochen nach zwanzigstündiger Expreßzugfahrt aus dem Waggon.

Natürlich sind wir wieder mit reichlicher Verspätung angekommen. Die amerikanische Fixigkeit kommt bei den Eisenbahnen auf diese Weise zum Ausdruck. Wer bei größeren Strecken keinen durchgehenden Zug hat und deshalb umsteigen muß, der weiß nie, wann er ans Ziel kommt, weil er seine Anschlüsse der Verspätung halber regelrecht verpassen wird. Diesmal war es nicht weiter auffällig, daß wir zu spät kamen. Die beiden mächtigen Lokomotiven haben sich redlich quälen müssen. Während des größten Teils der Fahrt mußten erhebliche Steigungen überwunden werden. Wir durchschnitten die östliche Gebirgskette Nordamerikas, die Alleghany-Mountains. Die Fahrt war schön. Schöne Täler, schöne bewaldete Berge. Alles Laubwald, nur selten Nadelholz. Von den Höhen zum Teil herrliche Fernsichten. Je mehr wir uns Washington näherten, desto mehr flachte sich das Land aber wieder ab und schließlich waren wir sehr froh, an Ort und Stelle zu sein.

Gleich beim Aussteigen bot sich uns eine angenehme Ueberraschung in dem neuen Bahnhof, der ein schönes, imposantes Bauwerk ist. Wenn die Anlagen vor dem Bahnhof fertig sein werden, wird er der schönste Bahnhof der Vereinigten Staaten sein. Im allgemeinen ist es in Amerika mit den Bahnhöfen schlecht bestellt. Es gibt ansehnliche darunter, gewiß, sie sind auch fast alle die schönsten und größten Breterbuden. Der Bahnhof von Washington kann aber mit Ehren neben den imposantesten europäischen Bahnhöfen bestehen.

Beim Verlassen der mächtigen Empfangshalle fällt der Blick auf das Capitol, das auf einer Anhöhe über der Stadt liegende Parlamentsgebäude. Der Stadt wendet es seine Rückseite zu, angeblich, weil bei der Anlage des Gebäudes von der Annahme ausgegangen wurde, die Stadt werde sich nach der andern Seite hin entwickeln. Der Mangel ist aber ausgeglichen worden durch den Anbau einer 269 m langen Terrasse aus weißem Marmor, von der zwei breite Freitreppen in die Parkanlagen führen, die von den Straßen der Stadt begrenzt werden. Es kann nicht bestritten werden, daß der Bau mit seinen vielen Säulen und seiner mächtigen Kuppel einen stolzen Eindruck macht, obgleich gerade in Amerika der klassizistische Stil, in dem das Gebäude aufgeführt worden ist, mehr importiert als eigenartig wirkt. An Amerika erinnert höchstens die Freiheitsstatue auf der Kuppel, die von unten aussieht, wie ein Indianerhäuptling in vollem Kriegsschmuck. Aber liegt Washington überhaupt in Amerika? Das kann man sich wirklich fragen, wenn man durch die Straßen der Stadt geht, die gar nichts amerikanisches an sich haben. Die Straßen sind breit und schön alles ist so sauber, daß die ganze Stadt aus dem amerikanischen Rahmen ganz und gar herausfällt. Selbst die Wolkenkratzer drücken sich bescheiden, über 7, 8 Stock dürfte kaum einer hinauskommen. Die vielen öffentlichen Gebäude, die in der Stadt verstreut liegen und die fast alle in enger Anlehnung an den klassischen Stil erbaut sind, verstärken den Eindruck, daß man sonst wo, nur nicht in Amerika ist. Prachtvoll ist der Blick von der 82 m hohen Kuppel des Kapitols, das, wie schon erwähnt, selbst auch wieder auf einer Anhöhe liegt. Die Stadt liegt, von hier aus gesehen, völlig im grünen. Aus den vielen Parks, Alleen und Gärten lugen die vielfach in rotem Ziegelbau ausgeführten Häuser freundlich hervor. Der Horizont ist eingesäumt von sanft aufsteigenden Hügel, Wald und Wasser. Hier läßt es sich hausen.

Gelegentlich kommt natürlich der alles ins übermäßige steigende Sinn der Amerikaner doch zum Ausdruck. So beim Washington Obelisk. Fortwährend sahen wir ihn und glaubten daher ihm ganz nahe zu sein, aber es dauerte doch eine ganze Weile, ehe wir vor ihm standen. Der platte, ohne jeden Sockel aufsteigende Bau ist nämlich nur 555 Fuß hoch, das sind 39 Fuß mehr als die Türme des Kölner Doms. Kein Wunder, daß er überall sichtbar ist wo er die Bäume des großen Parkes, in dem er steht, weit überragt. Amerikanisch übertrieben ist auch die Ausschmückung der Kongreßbibliothek. Blendender Marmor, Vergoldung, Skulpturen und Malereien sind so verschwenderisch angebracht, daß trotz aller respektablen Einzelheiten das ganze mehr parvenumäßig als vornehm wirkt.

Philadelphia, 25. IX. 09.

Die Quäckerstadt, auch die Stadt der Bruderliebe genannt, ist die drittgrößte Stadt der Union: New York, Chicago, Philadelphia. Sie ist die Stadt der kleinen Häuser. Selbst in der Altstadt, wo sich der Verkehr stößt und drängt und wo sich neben dem großen Geschäftspalast auch die Wolkenkratzer breit machen, dominiert noch immer das kleine Haus. Das erklärt auch die riesige Ausdehnung der Stadt. Mit den geschichtlichen Ereignissen der Revolution eng verknüpft bewahrt es in der Unabhängigkeits-halle, einem schmucklosen niedrigen Bau, in dem sich während der Befreiungskämpfe der Kongreß versammelte und in dem 1776 auch die Unabhängigkeitserklärung angenommen wurde, viele Erinnerungen an diese kampfreiche, wichtige Epoche.

In Philadelphia sahen wir auch eine Haupt säule des Zukunftsstaates, eine elektrische Stiefelputzmaschine. In seinen sozialdemokratischen Zukunftsbildern brachte bekanntlich Eugen Richter die sozialdemokratische Gesellschaftsordnung dadurch in's Wanken, daß sich keiner finden wollte, der die nach seiner Meinung entehrende Arbeit des Stiefelputzens übernehmen wollte. Wir haben erleichtert aufgetatet, als wir diese Maschinen in Tätigkeit sahen und um für spätere Fälle gerüstet zu sein, haben wir kühn unseren Nickel geopfert und die Sache probiert. Der große Eugen kann ruhig schlafen; die Geschichte geht ganz famos. Erfunden konnte diese Maschine eigentlich nur in Amerika werden, weil nirgends der Stiefelputzer eine solche Rolle spielt. In keinem Hotel putzt der Hausdiener das Schuhzeug. Das geschieht auf der Straße von den professionellen Stiefelputzern, die eine unglaubliche Fertigkeit haben. Gelegentlich wird mit vier, fünf Gehilfen in Läden gewischt, an deren Tür stolz eine Kassiererin an ihrer Registrierkasse sitzt und die Nickel in Empfang nimmt. Es wird nicht lange dauern und Amerika hat seinen Stiefelwischer-Trust.

Unsern Aufenthalt hier haben wir auf das aller notwendigste beschränkt. Die Kollegen waren gar zu gastfreundlich. Trotz unserer Bemühungen und vorheriger Benachrichtigung war keiner zu sprechen. (Fortsetzung folgt.)

Eingänge.

Ratgeber für Auswanderer nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien). 31 Seiten 80.

Mit der Herausgabe dieses Buches hat die Generalkommission der deutschen Arbeiterbewegung zweifellos einen großen Dienst erwiesen. Es gibt Aufklärung über die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten und wird manchen, der voll von Hoffnungen dorthin auswandern wollte, veranlassen, sich den beabsichtigten Schritt noch einige Male reiflich zu überlegen. Wer aber dann trotzdem die Reise über das große Wasser unternimmt, wird wenigstens vor überspannten Erwartungen und in weiterer Folge vor schweren Enttäuschungen bewahrt bleiben. Das Buch geht ihm in jeder Weise mit Rat und Tat zur Hand.

Lehr- und Uebungsbuch für den Unterricht der Buchdrucker im Satzbau von F. Baumann. Verlag von Carl Mayer (Gust. Prior, Hannover und Berlin W. 35, 176 Seiten und XX Beilagen 40, Preis gebunden 4 Mk.

Die Monatshefte für graph. Kunstgewerbeschrieben über das Buch: Der Verfasser hat aus seiner praktischen Lehrtätigkeit heraus ein Werk zusammengestellt, daß eine Unmenge mehr oder weniger empfehlenswerter Satzbeispiele enthält, im übrigen aber neben dem belehrenden Text eine fast erdrückende Fülle von Aufgaben für die Schüler. Das mag sehr dankenswert erscheinen, wenn der Wert solcher Theorien nicht ein sehr problematischer wäre. Der Verfasser hat mit einer Liebe, die an Pedanterie streift, alles zusammengetragen und Aufgabe an Aufgabe gereiht, aber der lebendige Unterricht und die persönliche Entwicklung der Schüler werden keinen großen Nutzen davon haben. Ein tüchtiger Lehrer bedarf eines solchen Hilfsbuches nicht, und die mittelmäßigen werden, obgleich es ihnen manche Aufklärung gibt, nur ihre Schüler damit quälen. Die Ausstattung läßt das ernste Streben und den guten Geschmack des Verfassers

erkennen. Wir können uns diesem Urteil vollständig anschließen.

Jahrbuch für das lithographische Gewerbe. Kalender für Lithographen, Steindruckers usw. 1910. Herausgegeben unter Mitwirkung tüchtiger Fachleute von Carl Kluth, Karlsruhe i. B., Kaiserallee 77. 176 Seiten Text, 48 Seiten Anzeigen und viele Tafeln, Taschenformat. Preis 1,25 Mk.

Der 10. Jahrgang des Kluth'schen Jahrbuches liegt nunmehr vor. Er bringt wieder zahlreiche Beiträge über Fachfragen und viele ein- und mehrfarbige Tafeln, darunter eine Reihe preisgekrönter Arbeiten aus dem vorjährigen Wettbewerb. Durch seine Mannigfaltigkeit und Reichhaltigkeit wird das Jahrbuch jeden Bezieher vollauf befriedigen. Besonders wird es den jüngeren Kollegen und dem beruflichen Nachwuchs, den Lehrlingen, vielseitige Anregungen und Fingerzeige zur fachlichen Vervollkommnung geben. Aber auch die älteren Kollegen werden auf ihre Rechnung kommen und besonders durch manche Tafeln, unter denen sich einige Blätter von Hans Thoma befinden, vom Durchblättern des Jahrbuches künstlerische Eindrücke und Genüsse haben. Dazu trägt auch die Einheitlichkeit des Buchschmucks einen guten Teil bei. Wie schon im vorigen, so sind auch in diesem Jahrgang einige Preisausschreiben veröffentlicht, und zwar für Amateurphotographen, Lithographen und Lithographenlehrlinge. Wir wünschen dem Buche die Beachtung, die es in den Kollegenkreisen verdient.

Graphische Werkstätten. Herausgegeben und redigiert von Albert Knab, Berlin W. 66, Wilhelmstr. 91 No. 2, 1. Jahrgang, November 1909.

Die Frau und der Sozialismus. Von August Bebel. Fünftzigste Auflage. Verbessert, vermehrt und neu bearbeitet. Jubiläums-Ausgabe. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart. Die Buchdecke ist von Erich Schilling entworfen. XXXII und 519 Seiten. Preis brosch. 2,50 Mk., geb. 3 Mk.

In der bürgerlichen Literatur sind Ausgaben von hundert und mehr Auflagen keine Seltenheit. Die sozialistische Literatur kennt eine so starke Nachfrage nach einem Buche bis heute nicht. Nur Bebel's Werk »Die Frau und der Sozialismus« macht eine Ausnahme, es hat einschließlich der unter dem Sozialistengesetz erschienenen Auflagen einen Absatz von rund 17000 Exemplaren erreicht, trotz oder richtiger infolge der heftigen Angriffe, die es seitens der Gegner der sozialdemokratischen Weltanschauung fand. Die Leidenschaftlichkeit und glühende Beredsamkeit Bebel's in dem Kampf für die Befreiung des Weibes aus tausendjähriger wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung rüttelte auf und riß auch die geistig Trägern mit fort, sie warb dem Sozialismus neue Streiter und vor allem Streiterinnen. Darin ist die große Bedeutung und der Erfolg des Buches zu suchen, — findet sich doch »Bebel's Frau« ebenso häufig auf dem Schreibtisch der Frauen des Bürgerstandes wie auf dem Arbeitstisch der Arbeiterfrauen. Die in neuem Gewande vorliegende Jubiläums-Ausgabe wird für viele eine willkommene Gabe für den Weihnachtstisch sein. — Eine geringe Preiserhöhung machte sich schon lange durch die Erweiterung des Textes notwendig, — jetzt war sie nicht mehr zu umgehen.

Arbeiter-Jugend. Nr. 22, 1909. Verlag: Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Expedition: Buchhandlung Vorwärts, Berlin S. W. 68, Lindenstraße 69.

Unter der Pickelhaube. Zehn Militärhumoresken. Von Nikolaus Klotzhuber. 79 Seiten 8' mit 38 Illustrationen. Preis brosch. Mk. 1,75, geb. 2,50. Verlag von M. Ernst, München.

Trotz des entfallenen Humors will der Verfasser ernst genommen sein. Würfte ich nicht genau, sagt er, daß von Köpenick nach Jena kein sehr weiter Weg ist, so existierte dieses Büchlein nicht. Es verfolgt in seiner Art den Zweck, die deutsche Nation zu veranlassen, die Angelegenheiten der Armees als eine Volkssache selbst in die Hand zu nehmen und dafür zu sorgen, daß die preußischen Helmspitzen, die alle Tage länger werden, nicht in den Himmel wachsen. Die verschiedenen Erlebnisse und Ereignisse sind dementsprechend geschildert, vom Schießen angefangen, den ganzen Drill hindurch bis zur Kameradschaft, allwo ein junger Rekrut auf Anstiftung von oben her von den alten Leuten »geschwungen« wird. Die Ausgabe bildet eine schöne und nützliche Weihnachtsgabe für unsere Söhne, ob sie nun im Militärock stecken oder nicht.

Stellenangebote

Tüchtige AUTO-AETZER

per sofort gesucht. Off. mit Gehaltsansprüchen an [2,10]

Aug. Schuler, Stuttgart, Chemigraphische Kunstanstalt.

Einige tüchtig. Farben-Aetzer

sowie ein routinierter [2,70]

Drei- und Vierfarben-Drucker

per sofort gesucht. Gefl. Offerten mit Mustern u. Gehaltsansprüchen erbeten an

Gustav Dreher, Stuttgart, Württemb. Graphische Kunstanstalt.

Pos.-Retuscheure,

die speziell in **Maschinenretusche** geübt und Vorzügliches leisten und denen an dauerndem Engagement gelegen, suchen

Böhme & Co., G. m. b. H., Magdeburg. [3,-]

Verbandsnachrichten

Achtung, CASSEL! [0,90]

Alle Anfragen betr. Auskunft sowie sonstige Zuschriften sind bis auf weiteres an die Adr. des Kollegen **Karl Möller, Cassel**, Mombachstr. 5, zu senden.

Achtung!

Soeben erschienen:

Senefelders Lehrbuch der Lithographie und des Steindrucks vom Jahre 1821.

Dieses längst vergriffene Originalwerk des Erfinders der Lithographie, das zutreffend als die »Bibel unseres Gewerbes« bezeichnet wird, wurde durch den Hauptvorstand unseres Verbandes in seiner ursprünglichen Form neu herausgegeben.

Es hat nicht nur großen historischen, sondern auch einen eminent praktischen Wert und wird jedem Kollegen eine Fülle wertvoller Anregungen und Fingerzeige geben.

Preis dauerhaft gebunden: für Verbandsmitglieder 3,50 Mk., im Buchhandel 6 Mk.

Zu beziehen durch den **Hauptvorstand, Berlin N. 28**, Anklamerstraße 27./1. — Bestellungen nehmen alle **Ortsverwaltungen** entgegen. *Veräume niemand, sich dieses wertvolle, fast 400 Quartseiten und einige Tafeln umfassende Werk anzuschaffen!*